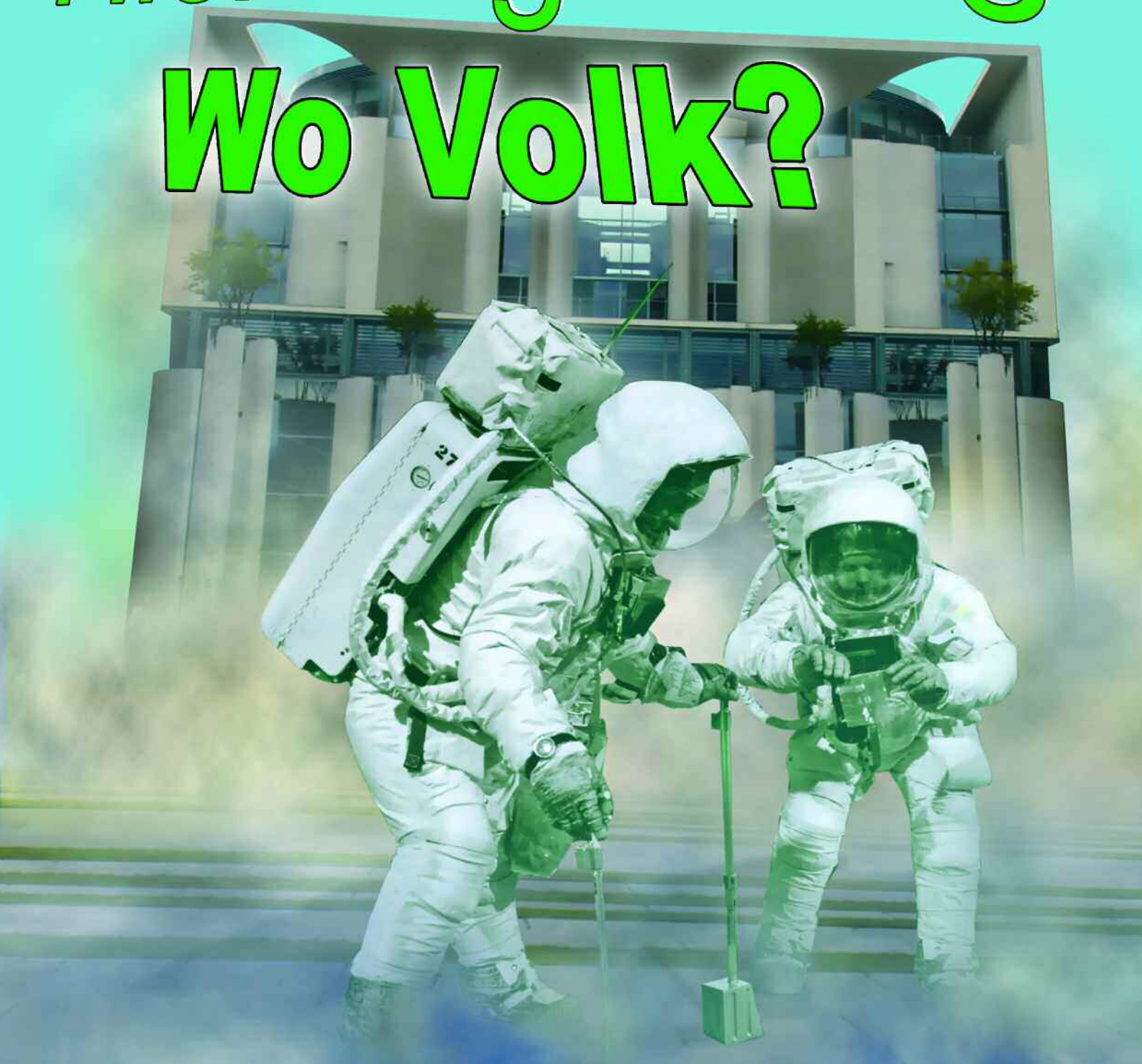
SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit, Soziales & Kultur
August/September 2006

Hier Regierung!

Wo Volk?



Liebe Leserin, lieber Leser!

Seit Monaten verfolge ich nun jegliches Geschehen aus Mamas Bauch heraus. Bei molligen 38 Grad. Alle sprechen von Hitzewelle. Für mich ist das normal. Schwerelos im Fruchtwasser; ich schlafe, esse, mache Purzelbäume und lausche der Welt da draußen. Und staune mit offenen Mund.

Da, wo das Draußen ist, da gibt es Paralleluniversen, ich höre auch „Parallelgesellschaften“. Die Menschen driften da aneinander vorbei, leben in verschiedenen Welten und scheinen sich nicht verständigen zu können. Es dröhnt zu mir das Gerede von schlechten Zeiten, neuer Armut, Existenzängsten und Depression. Immer mehr Menschen durchwühlen Mülltonnen oder reden mit sich selber und den Stimmen im Kopf. Jeder für sich und keiner für alle.

In den Medien wird gehetzt, das macht man wohl so, um Kürzungen zu rechtfertigen: Es heißt, Hartz IV-Bezieher sind Schmarotzer oder sonstiges, faules Viech – davon versteh ich noch nichts – die wollen nicht arbeiten. Aber dann heißt es, es gibt keine Arbeit. Für mich klingt das alles sehr unverständlich, aber ich bin ja noch nicht von dieser Welt und auch noch nicht so klug.

Ich mach mir selber keine Sorgen. Diese Politiker – immer noch auf der Suche nach dem Volk – haben beschlossen, dass Mama für mich sorgen muss, bis ich 25 Jahre alt bin. Das ist eine nicht enden wollende Zeit, das ist wie immer, das ist wie jetzt, ein stetiges Kontinuum.

In meinem Universum hebt sich das Hier sowieso im Jetzt auf. Und irgendwie bin ich auch parallel unterwegs in meinem warmen Mutterschiff. Raumschiffe sind schön, glaube ich. Wenn es im Raumschiff so ist, wie da, wo ich bin. Ich werde mal Käpt`n, wenn ich groß bin, dann habe ich mein eigenes Raumschiff und suche schwarze Löcher und andere Dimensionen. Man sollte nur aufpassen – auch das habe ich gehört – wenn man seinem genauen Abbild, seinem Zwilling, aus einem Paralleluniversum begegnet. Dann sollte man ihm auf keinen Fall die Hand geben. Sonst löst man sich auf. Das sind wichtige Lektionen, die ich in Mamas Bauch lerne. Ich möchte nicht ganz unvorbereitet auf die Welt kommen. Wie ich wohl heißen werde? Mama sagt immer, das ist meine Altersvorsorge und streichelt ihren Bauch, dann lacht sie laut und die anderen auch. Aber ich finde, Altersvorsorge ist ein langer und nicht schön klingender Name. Mich fragt nur keiner. Das mit dem Humor habe ich auch noch nicht ganz verstanden. Ich höre immer nur Stimmen, die Mama fragen: „Hast du einen Medizinball verschluckt?“, ihr „Jeverpocke“ zurufen oder aber sie darauf aufmerksam machen, dass „die Fußball-WM doch längst vorbei ist!“ Dabei lachen sie sich kringelig. Jemand wollte sogar schon Greenpeace rufen, von wegen gestrandeter Wal und retten und so. Muss auch sehr lustig gewesen sein.

Hier geht es aber um die SPERRE und nicht um mich. Unlängst hörte ich auf einer Redaktionssitzung von einer Besucherin die Worte: „Man muss Zynismus haben, um die SPERRE zu lesen, und Überwindung!“

In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß beim Lesen und bis bald in eurer schönen, neuen Welt,

Lennart Xander

Seite 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Kombilohn
Mindestlohn

Seite 6 **TITEL**
Hier Volk! Wo Regierung?

Seite 8 **UNTERWEGS**
im Balkan

Seite 12 **ALLES WAS RECHT IST**
Urteile
Anwaltstipp

Seite 14 **MALTA**
Gespräch mit Christiane Bauks

Seite 15 **FRAUEN**
Regionalstelle „Frauen und Beruf“

Seite 16 **PEER'S GLOSSENHAUER**
Nur ein Traum

Seite 17 **Auf Kult-Tour**
Armut in Anmut - eine Rezension

Seite 18 **HARTZ-LÜGEN**
Denn sie wissen, was sie sagen

Seite 20 **HARTZ-ÄNDERUNGEN**
= Reformstau?

Seite 22 **AUS DER ZUKUNFT**
Morgen stirbt nie!

Seite 24 **PSYCHOLOGIE**
Arbeitslos und krank
Interview mit einem Betroffenen

Seite 26 **KOMMENTAR**
Die Überflüssigen

Seite 27 **IM FADENKREUZ**
Merz & Kauder

Seite 28 **AUFGEMISCHT**
Ankündigungen, Werbung,
Kommentare, Besprechungen

IMPRESSUM

Herausgeber:
abm.e.V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
E-Mail: **sperre**@muenster.de

Internet: www.muenster.org/**sperre**

Redaktion:
Norbert Attermeyer (noa)
Lars Brühmann (lb)
Claudia Dana Csiszér (cc, V.i.S.d.P.)
Stefan Rißmann (sr)
Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Massoud Amirkhalili, Christiane Bauks, Peer Denzer (pad), Sabine Haar, Anne Neugebauer, Barbara Teichmann (bt)

Layout, Satz:
Stefan Rißmann
Titelbild:
Stefan Rißmann

Anzeigen/Spenden:
Maria Hamers, Ulrich Wieners
Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Druck:
Erdnuß-Druck, Sendenhorst

Auflage: 6.000
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement
Verteilung: Kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber).

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Oktober 2006)
Redaktionsschluss: 15. August 2006
Anzeigenschluss: 20. August 2006

Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Sozialfonds und des Landes Nordrhein-Westfalen
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
Europäischer Sozialfonds
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW.

Das *Arbeitslosenzentrum* wird aus Mitteln des Landes NRW und der EU gefördert. Die im *Magazin* getroffenen Aussagen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen wieder.

ZUM L
ZU W

Kombilohn

Einfachwissenschaftler und Helden simpler politischer Ideen verkaufen uns seit Jahren die folgende grandiose Lösung aller Fragen: Wer schon Leistungen vom Staat kriegt, soll dafür gefälligst auch was tun. Wenn der Lohn möglicher Arbeitsangebote nicht hoch genug ist, dann kann der Staat eben noch etwas drauflegen, das heißt dann Kombilohn. Vorgeschlagen werden zwei Modelle. Im ersten Modell zahlt der Arbeitgeber den kleinen Lohn und der Arbeitnehmer bekommt einen Zuschlag vom Amt. Im zweiten Modell zahlt der Arbeitgeber keine Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnkosten gehen komplett an den Arbeitnehmer.

Mit dem Kombilohn sollen Millionen Arbeitnehmer wieder Arbeit finden.

Wer schon Leistungen vom Staat kriegt, soll dafuer gefaelligst auch was tun

Wo aber sind diese Arbeitsplätze, dass sie sich bislang vor den Arbeitnehmern und den Arbeitsämtern versteckt haben? Denn Kombilöhne gibt es in der Praxis schon lange. Praktiker in den Arbeitsämtern haben schon ihre Erfahrungen mit einem Kombilohn gemacht. Florian Gerster war vor sechs Jahren mit der Kombilohnvariante „Mainzer Modell“ neuer Shooting Star am Arbeitsmarkthimmel, er wurde damit Leiter der Bundesanstalt für Arbeit. Das Arbeitsamt legte einen Zuschlag für Sozialversicherung und einen weiteren für Kinder der Arbeitnehmer auf den Tisch, beides für eine begrenzte Zeit, denn das Amt hoffte auf Lohnsteigerungen durch den Arbeitgeber. Das Mainzer Modell wurde auf Bundesebene umgesetzt und verschwand nach eineinhalb Jahren in der Schublade, weil es ohne großen Aufwand keine nennenswerten Erfolge brachte. Wenn ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin Kinder hat, dann wird das Modell sofort sehr viel teuerer. Für Alleinstehende aber wirkte das Mittel nur im Bereich sittenwidriger Löhne.

Die alten Maßnahmen ABM und Arbeit statt Sozialhilfe sind auch Kombilohnmodelle. Da wurden und werden sogar bis zu 100 % des Lohnes übernommen, aber befristet. Die dauerhaften Eingliederungserfolge sind so la la. Die möglichen Arbeitgeber stellen nicht ein, sondern bauen sogar regulär bezahlte Arbeitsstellen noch weiter ab. Ein-Euro-Jobber sind ebenfalls Kombilöhner, auch sie werden nur selten fest übernommen und dienen eher als billige Lückenfüller.

Auch der Kinderzuschlag, einer der Hartz-Reformvorschläge, ist ein gescheiterter Kombilohn. Um Hartz IV zu vermeiden, können Familien mit Kindern zusätzlich zum Kindergeld diesen Zuschlag beantragen. Einkünfte der Kinder werden angerechnet. Der Lohn muss so hoch sein, dass mit diesem Zuschlag tatsächlich Bedürftigkeit vermieden wird. Das Ergebnis eines komplizierten Antragsverfahrens: Etwa 95 % aller Anträge auf Kinderzuschlag werden abgelehnt wegen zu geringer Löhne oder wegen der Unterhaltszahlungen für die Kinder.

Und Hartz IV selbst enthält ebenso einen Kombilohn. Etwa jeder sechste erwerbsfähige Hartz IV-Bezieher in Münster hat eine Arbeit, die den Lebensunterhalt nicht sichert und ergänzendes Hartz IV nötig macht, das sind 1950 Personen. Wer bei Hartz IV dazuverdient, dem wird der Verdienst nicht voll angerechnet, um einen Anreiz zur Arbeit zu bieten. Umgekehrt kann sich ein Arbeitgeber überlegen, ich biete solche Billigjobs an, die den Lebensunterhalt nicht sichern müssen, denn der Staat ist ja da und zahlt das schon.

Der Staat zahlt ja schon. Das ist die Befürchtung vieler Praktiker aus den Sozialverwaltungen und Arbeitsverwaltungen. (Da gibt es aber auch solche Schlingel wie den NRW-Arbeitsminister Laumann. Der hat sich ein Kombilohnmodell ausgedacht, wo der Staat zahlt, aber nicht sein Land NRW, sondern der Bund. Das ist die heute übliche Weise von Politik: Eine Seite der öffentlichen Hand macht etwas, was eine andere Seite des Staates bezahlen soll. Nur das halbe Hartz IV-Gesetz regelt den Krieg gegen Arbeitslose, die andere Hälfte beschreibt die Verteilungskampflinien zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Bundesagentur für Arbeit.)

Die Gewerkschaften lehnen Kombilohnmodelle ab, sie befürchten weitere Abwärtsbewegungen in den unteren Lohngruppen, ohne dass ein Ende abzusehen ist.

Bisherige Kombilohnmodelle haben nicht dazu beigetragen, dass mehr sozialversicherte Arbeitsplätze entstehen. Die Gewerkschaften befürchten, dass Arbeitgeber das Lohnniveau weiter nach unten drängen mit dem Hinweis, man könne ja ergänzende Leistungen bekommen.

Die Verbände der Besserverdienenden schlagen vor, die Geldleistungen von Hartz IV von 345 Euro deutlich herunter zu fahren, dann könne man mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme geben, ohne dass es teurer wird. Auch Angela Merkel deutet schon so etwas an für die nächste Runde der Reformen bei Hartz IV. Nach dieser Logik müsste es in Ländern ohne oder mit ganz geringer Sozialhilfe deutlich weniger Armut und soziale Probleme geben, also beispielsweise in Indonesien oder Mauretanien. Weit gefehlt: Den größten Wohlstand haben unsere europäischen Nachbarn mit gut ausgestatteter Grundsicherung; Skandinavien, Niederlande und die Schweiz.

LEBEN WENIG

Mindestlohn

Ein anderes Lohnmodell ist der Mindestlohn. Jede Arbeit soll mindestens soviel einbringen, dass man auch ohne Sozialhilfe (oder Grundsicherung oder wie auch immer das heißt) leben kann. Im deutschen Arbeitsrecht gilt als Merkmal von sittenwidrigem Lohn, dass ein alleinstehender Mensch von einer Vollzeitbeschäftigung nicht leben kann.

Mindestlöhne gibt es branchenbezogen im deutschen Baubereich. Sie wurden als Konkurrenzschutz für die deutschen Firmen und ihre Bauarbeiter festgelegt, als zunehmend ausländische Firmen und Subunternehmen auf deutschen Baustellen verpflichtet wurden, weil für die ausländischen Firmen kein Tarifschutz durchgesetzt werden konnte. In vielen Industrieländern sind gesetzliche Mindestlöhne festgelegt. Fast ganz Europa kennt Mindestlöhne.

Nur Länder mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und mit weitestgehender tariflicher Lohnbindung kennen den Mindestlohn nicht, also die skandinavischen Länder und Italien. Und Deutschland. Deutschland hatte in der Vergangenheit ebenfalls einen hohen Anteil tariflich entlohnter Beschäftigungen. Das ist je nach Branchen mehr oder weniger stark zurückgegangen. Aus diesem Grunde fordern Gewerkschaften gerade aus Bereichen mit schwacher Mitgliedschaft (z.B. Dienstleistungsberufe) einen Mindestlohn von 7,50 Euro nach westeuropäischem Vorbild.

Beispielhaft für die Einführung eines Mindestlohns könnte das britische Beispiel sein. Der britische Mindestlohn ist noch nicht sehr alt. Erst 1999 wurde er mit allen Sozialpartnern beschlossen, zunächst auf recht niedrigem Niveau festgelegt und dann stufenweise angehoben. Jetzt liegt er auf einem Niveau, wie es den westdeutschen Gewerkschaften vorschwebt und ist aber auch bei Arbeitgebern akzeptiert.

Beim Mindestlohn muss der Staat nur in wenigen Fällen etwas drauflegen, also etwa dann, wenn die Familie groß ist und nur einer in einem schlecht bezahlten Bereich arbeitet. Auf diese Weise entlastet ein Mindestlohn auch die Hartz IV-Haushalte. Arbeitsmarktpraktiker unterstützen darum häufig Mindestlohnideen.

Die Nachfrage gerade der Bevölkerungsschichten wird gestärkt, die viel zur Kräftigung der inländischen Nachfrage beitragen. Das stabilisiert die Konjunktur. Und zwar auch nachhaltig: Auf Dauer wird ein Angebot und auch eine Nachfrage gepflegt, die nicht so stark von Schwankungen beeinflusst ist.

Zur Zeit läuft eine Kampagne für den Mindestlohn bei verschiedenen Gruppen, beispielsweise bei der Dienstleistungsgewerkschaft verdi. Weitere Informationen auch über das britische Beispiel findet man unter **www.mindestlohn.de**.

Inzwischen liegt eine branchenbezogene Mindestlohnvereinbarung auf dem Tisch des Arbeitsministers: Die beiden größten Verbände der Leiharbeitsbranche haben mit dem DGB einen Tarifvertrag über einen Mindestlohn verpflichtend für die ganze Branche abgeschlossen. Er kann in Kraft treten, wenn der Arbeitsminister zustimmt. Der westdeutsche Mindeststundenlohn soll danach im kommenden Jahr 7 Euro betragen und dann auf 7,31 Euro steigen, also knapp unter die gewerkschaftliche Forderung von 7,50 Euro.

Der Leiharbeits-Mindestlohn soll osteuropäische Konkurrenten zu gleichen Regeln verpflichten wie die deutschen Betriebe – genauso wie in der Baubranche. Ein Verband von Leiharbeitsbetrieben hat sich allerdings gegründet, um alle möglichen tariflichen Einigungen zu unterlaufen und macht auch beim Mindestlohn nicht mit. Umgekehrt haben die Gewerkschaftsvertreter einige Bedingungen akzeptiert, die vielen Leiharbeitern zu weit gehen, z.B. der niedrige Osttarif, die Auslösungen und so weiter.

avo

Quelle: Eurostat

Hier Volk! Wo Regierung?

Selten war es so offensichtlich, dass eine Bundesregierung ganz andere Interessen vertritt, als die, die sie vertreten sollte – nämlich die des Volkes. Und selten waren sich die Medien so einig, diesen Eindruck tunlichst zu verwischen. Vom Spiegel bis zur Bild-Zeitung, von der FAZ bis zum Stern – immer werden die gleichen Meinungen vertreten. Nur das bockige Volk will noch nicht so richtig mitmachen. Die Markt-Radikalen haben das Ruder fest in der Hand. Reformen müssen noch schneller, noch tiefgreifender und noch sinnloser sein. Mit Vernunft hat das wenig zu tun.

Raumschiff Berlin ist gelandet. Man erkennt deutlich die „Offenheit, Transparenz und Demokratie" des Regierungsraumschiffs (zitiert aus dem Regierungs-Trailer) und den rührenden Versuch der in Schutzpackung (BASF) gekleideten Regierer, den Kontakt zur Bevölkerung mit Hilfe von Bodensonden (Telekom) herzustellen.

Nur ein paar aktuelle Beispiele:

Unternehmensabwanderungen ins Ausland sind schlecht? Nicht bei dieser Regierung. Abwanderungen ins Ausland werden steuerlich gefördert.

Die so genannten „Großen" sollen sich auch an den Kosten im Land beteiligen? Falsch! Finanzminister Steinbrück möchte die Steuer für die Großkonzerne (Körperschaftssteuer) noch weiter senken.

Die Umverteilung von unten nach oben müsste endlich gestoppt werden? Ebenfalls Fehlanzeige! Das neue Elterngeld und die Studiengebühren belasten gerade die Ärmeren in unserem Land.

Und die neue Zinsabschlagssteuer bringt zusätzliches Geld für Vermögende. Und damit man ansonsten nicht unnötig beunruhigt wird, gibt es den Waldschadensbericht jetzt erst alle vier Jahre. Das läuft dann unter Bürokratieabbau.

Und für die „Überflüssigen" gibt es das, wovon vor zehn Jahren die härtesten Wirtschaftsliberalen nicht einmal zu träumen wagten: Ein-Euro-Jobs und Hartz IV. Endlich! Und dies alles nur zum Besten des Volkes, wegen der Globalisierung oder so. Exportweltmeister (!) Deutschland ist nicht konkurrenzfähig. Da stellt sich schon die Frage: Warum macht die Bundesregierung dieses Theater mit?

Wenn nicht Dummheit die Antwort ist...

Denn dass die Wirtschaftspolitik der letzten 25 Jahre ein grandioser Fehlschlag mit Rekordstaatsverschuldung und Rekordarbeitslosigkeit war, das ist hinlänglich bekannt. Es hat nicht funktioniert, es funktioniert nicht und es wird nicht funktionieren. Warum also wird genau dieses ungute Gemisch aus Steuersenkungen und Sozialabbau trotzig fortgesetzt?

Wenn nicht Dummheit die Antwort ist, sind es dann vielleicht die schlechten Berater? Was kann beispielsweise einen verantwortlichen Politiker dazu bringen, Arbeitslose als Parasiten zu beschimpfen (Clement)? In welcher Scheinwelt leben manche Volksvertreter eigentlich?

„Wasser predigen und Wein trinken"

Clement (RWE) und Schröder (Gazprom) haben ja einen sanften Übergang ins Wirtschaftsleben hinbekommen. Die Erfinder und Umsetzer von Hartz IV und Agenda 2010 sind weich gelandet. Was man von den Opfern ihrer Politik nicht gerade behaupten

kann. Die Bibel nennt das „Wasser predigen und Wein trinken“. Politik mit Rückgrat und Verantwortungsbewusstsein geht anders. In Hamburg sagt man zu solchen Umtrieben: Der Fisch stinkt immer vom Kopf her. Ein Eindruck, den die Korruptionswächter von „Transparency International“ schon lange haben. Deutschland ist im Korruptionsranking dieser Organisation weiter abgerutscht und rangiert jetzt hinter Hongkong (!) auf dem 16. Platz.

Vielleicht wäre es ja in Zukunft für den Wähler interessant zu wissen, wer alles seinen Volkvertreter zusätzlich finanziert. Das könnte ja so laufen wie beim Sport mit entsprechenden kleinen Werbebannern auf dem Hemd. Friedrich Merz müsste für diesen Zweck schon den Anzug benutzen. Jedenfalls würden die Aussagen mancher Politiker so in einem ganz neuen Licht erscheinen.

„Der Fisch stinkt vom Kopf her.“

Transparency International hat übrigens errechnet, dass die gesamte Reform des Gesundheitswesens ohne zusätzliche Belastungen für die Bürger gemacht werden könnte. Ganz allein durch die mutige Bekämpfung der Korruption in diesem Bereich. Dies würde aber auch bedeuten, dass hier und da politische Entscheidungsträger ihre Champagnerkollegen verärgern müssten. Weshalb diese Lösung wohl eher unrealistisch ist.

Nun ist Deutschland noch lange keine „Bananenrepublik“, aber alarmierende Tendenzen sind vorhanden. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gehört zu diesen Tendenzen. Finanziert vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall wird diese Lobby-Organisation nicht müde, der gescheiterten „Reformpolitik“ der vergangenen Jahre das Wort zu reden. Einem der prominenten Mitglieder dieser Vereinigung, dem ehemalige Bundespräsidenten Roman Herzog, wird sogar das Volk schon lästig. In der Zeitschrift GELDidee vertrat er jüngst die Meinung, dass es dem Volk wohl noch nicht schlecht genug gehe, sonst würde es den von ihm geforderten Ruck ja aufnehmen. Soll wohl heißen, eigentlich ist ja alles in Ordnung, wenn nur das bockige Volk nicht wäre. Das bockige Volk, das noch an soziale Gerechtigkeit glaubt, und das man bei Wahlen mit diesem Thema immer noch beeindrucken kann.

Dann wird im Wahlkampf beim Gebaren mancher Firmen von Heuschrecken geredet (Müntefering) und Veränderung angemahnt. Und nach der Wahl kann sich dann niemand mehr daran erinnern. Und es wird wieder munter gegen Arbeitslose gehetzt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ (ebenfalls Müntefering). Da kann man dann auch mal richtig mutig sein. Denn die haben keine Lobby. Und selber in die Gefahr zu kommen einmal Hartz IV beziehen zu müssen, das wird einem Franz Müntefering nicht passieren.

Wenn nur das bockige Volk nicht wär!

Aber der Gedanke sei schon erklaubt: Was wäre wenn?

Drei Monate Hartz IV für alle, die es beschlossen haben. Drei Monate ohne Rentenpolster und Übergangsbezüge. Drei Monate mit dem Wissen, dass der Arbeitsmarkt nahezu dicht ist. Drei Monate Eingliederungsvertrag und Rechtfertigung für Arbeitslosigkeit. Drei Monate in der beargwöhnten, wertlosen und lästigen Ecke stehen. Drei Monate ausgesteuert aus der Gesellschaft.

Nur drei Monate. Der Sozialstaat und die Menschenwürde hätten auf einmal Konjunktur. Und das Geld, das wäre ja immer schon da gewesen.

Hätte, könnte, würde, wenn. Trotzdem wäre es wahrscheinlich der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Und man könnte sagen: „Mein Volksvertreter, der versteht mich.“ noa

Anzeige

Wer hätte Lust...

... (s)eine „echte“ kleine Geschichte zu erzählen oder selber aufzuschreiben und vielleicht auch vorzulesen?

Thema: *„Armut und Ausgrenzung in Münster“*

Anlass: *Abendveranstaltung im Rahmen des Friedenskulturmonats Münster 2006*

Veranstalter: *Ein Bündnis aus kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen*

Ort: *Rüstkammer im historischen Rathaus*

Datum: *26. Spetember 2006*

Ansprechpartnerin: *Marianne Kattentidt, Habichtshöhe 11, 48151 Münster, Tel.: 0251-795913*

Die Beratung in der cuba-Sozialagentur
ist kostenlos, freiwillig und vertraulich.

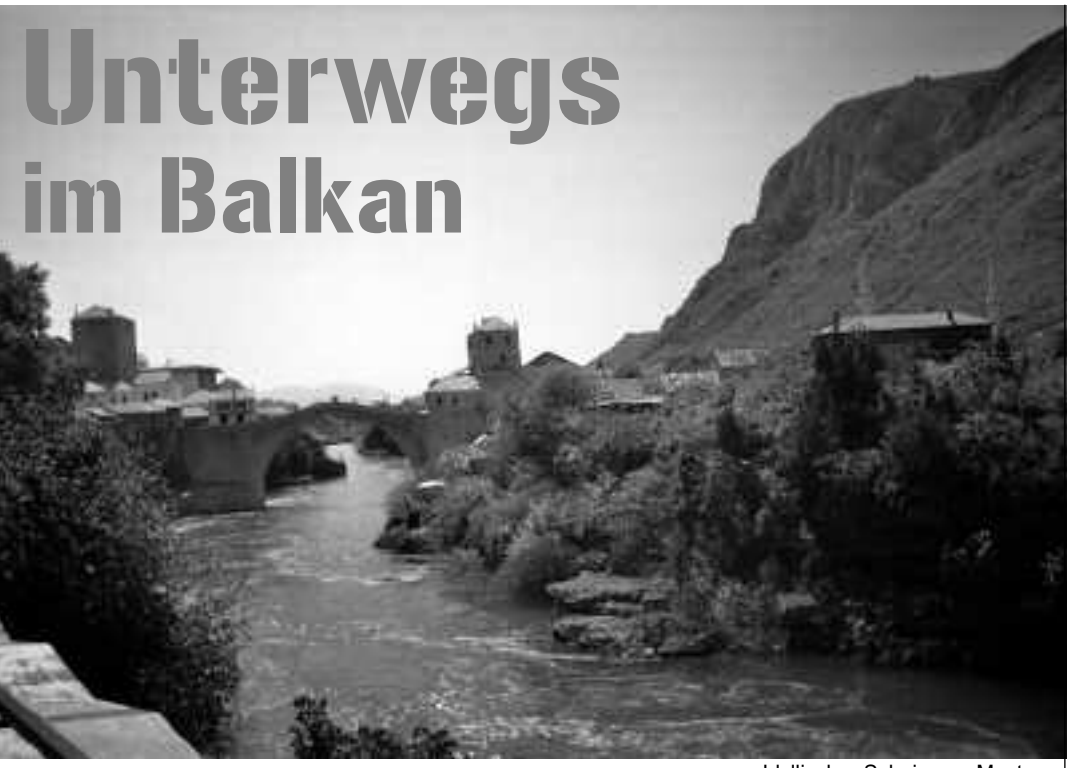
Achtermannstr.10-12
(cuba), 1. Stock
Beratungstermine:
Dienstag, Donnerstag
von 9:00 bis 11:00 Uhr
und nach Vereinbarung

Sozialagentur im cuba

Beratung für arbeitslose
Sozialhilfeberechtigte

Fon: 0251-518880
Fax: 0251-518543

Unterwegs im Balkan



Idyllischer Schein von Mostar

Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, das Kosovo und Kroatien... Wilde Landschaften, morbide Romantik, Geschichten, die der Krieg schrieb.
Wir stellen einen Reisebericht von Sabine Haar vor.

Die Idee zu dieser Reise ergab sich aus Kontakten zu Roma-Familien aus dem Kosovo, die seit dem Balkankrieg hier in Münster zu leben versuchen, und aus dem Kontakt meines Freundes zur GGUA, GfbV und zu Paul Polansky, einem amerikanischen Poeten und Journalisten. Diese Kontakte halfen uns, einen tieferen Einblick in die Geschehnisse des Balkankrieges zu erlangen, insbesondere in die Geschichte der Roma und Sinti. Unser Hauptaugenmerk galt während dieser Reise also dieser Völkergruppe, ihrer aktuellen Situation im Kosovo und den Veränderungen, die sich aus den Unabhängigkeitsbestrebungen des Kosovo für sie ergeben könnten.

Unter der Regierung von Marschall Tito lebten die verschiedenen Volksgruppen integriert und ohne Repressalien in den einzelnen Bundesstaaten zusammen. Titos Politik des geöffneten Sozialismus bedeutete für die Menschen in Ex-Jugoslawien die Gewährung von Arbeiterrechten und Minderheitenschutz. Das Kosovo hatte zu dieser Zeit den Status einer Teilrepublik mit Autonomiestatus. Nach Titos Tod verschärften sich die inneren Konflikte Ex-Jugoslawiens, da durch die wirtschaftliche Öffnung die Auslandsschulden stiegen, die Solidarität zwischen den einzelnen Bundesstaaten zerfiel. Die Lage im Kosovo ist also nach wie vor brennend aktuell, und die Frage nach der Situation der Minderheiten (Serben, Roma u. Sinti, Türken) und deren Schutz jetzt sowie nach der angestrebten Unabhängigkeitserklärung in diesem Herbst drängte sich uns unausweichlich auf.

In Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, trafen wir Paul Polansky, der schon lange Jahre mit und für Roma in Prag und jetzt eben im Kosovo arbeitet. Er dokumentiert diese Arbeit nicht nur politisch für die GfbV, sondern verarbeitet seine Erlebnisse auch lyrisch, versteht sich dabei eher als Sprachrohr der Roma denn als Dichter im Überbau.

Er nimmt uns mit nach Preoce, einem Dorf 5km vor Pristina. Rechts und links der Hauptstraße befinden sich zwei Enklaven – wären Zäune drum herum würde man „Ghetto“ sagen – , bewohnt von Inlandflüchtlingen oder von z.B. aus Münster abgeschobenen Flüchtlingen, die vor dem Krieg in Pristina integriert lebten und arbeiteten. Diese Enklaven haben keine Anbindung an die Kanalisation oder an das Stromnetz. Es gibt keine Schule, Lehrer, Ärzte, es gibt keine Arbeit.

Innerhalb der Enklaven bewegen sich die Menschen frei, versuchen auf jedem freien Stück Boden, Paprika anzubauen. Doch ist es äußerst gefährlich, speziell für Roma, sich in den umliegenden Feldern oder in der Nähe der Hauptstraße sehen zu lassen.

Pristina, inzwischen wieder zu 90% von Albanern bewohnt, beherbergt eine Anzahl radikaler, nationalistisch orientierter Gruppen, die willkürlich und durchaus bewaffnet die Menschen aus den Enklaven bedrohen. Diese sind damit abhängig von anderen Menschen, die sich überall frei bewegen und für Lebensmittel und Wasser sorgen können.

Paul Polansky fährt Kranke mit seinem von der Kirchengemeinde Münster gespendeten Bulli zum Arzt oder ins Krankenhaus. Diese Fahrten dauern auch bei kleineren Blessuren oft sehr lange, entweder weil sie der Willkür der Kontrollstationen ausgesetzt sind, oder weil die Ärzte die Behandlung von Angehörigen der Minderheitengruppe ablehnen. Apotheker fordern Bargeld trotz ausgestelltem Rezept.

Wir werden eingeladen, einen Tag später mit zu den Lagern nach Mitrovica zu kommen, wo mehr als 3000 Roma und Sinti seit Jahren auf bleiverseuchtem Grund und Boden unter ärmsten Bedingungen leben. Hier haben die meisten Kinder irreversible Hirnschäden, hervorgerufen durch immense Bleivergiftungen, die meisten Kinder sterben vor Erreichen des dritten Lebensjahres. Die Aufgabe des Paul Polansky Teams ist es, Haarproben einer Familie zu nehmen und sie

auf Schwermetallbelastungen zu untersuchen. Die Untersuchungen sind dokumentiert und belegen die höchsten jemals gemessenen Belastungen. Die Skalen der üblichen technischen Messgeräte reichen nicht aus, um den Grad der Belastung anzuzeigen.

Wir werden vor dem größten Hotel in Pristina von Tina und ihrem Vater per GfbV Bulli abgeholt. Tina und ihr Vater sind Roma und gehören zu Pauls Team. Paul selbst kann nicht, er hat wichtiges in Nis zu erledigen. Die Stimmung im Bulli ist irgendwie angespannt, Tinas Vater ist ganz still, fährt den Bulli und schaut sich mehrmals nervös und erstaunt um. Tina erklärt uns, dass er zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder in der Stadt ist und obwohl er durch den GfbV Bulli geschützt ist, hat er doch große Angst um sich und seine Tochter.

Er entspannt sich etwas als wir den Stadtkern verlassen und auf der Landstraße fahren, doch alle wissen wir, dass mindestens zwei Straßenkontrollen noch auf uns warten. Kurz vor Mitrovica ist es dann soweit, die erste Kontrollstation.

Merkwürdigerweise wird die Nervosität von Tinas Vater nicht stärker, dafür aber unsere, denn als wir anhalten, kommt ein Polizist auf den Bulli zu, grinst verschmitzt und reibt sich siegesgewiss die Hände. Tina raunt uns zu: „Ein alter Nachbar...“. Am Auto angelangt hält er einen sehr kurzen Schnack mit Tinas Vater und fordert dann die übliche Auswechselung der Nummernschilder, denn Kosovaren ist es nicht gestattet, mit entsprechendem Nummernschild nach Süd-Mitrovica einzufahren. Das Lager liegt in Nord-Mitrovica, bevor wir dort einfahren, spielen wir wieder die Nummernschild-Nummer mit.

Die angeschossene Seite von Mostar

Endlich gelangen wir in die Nähe des Lagers an und machen Station in einem kleinen Cafe, wo Tina die Haarproben der siebenköpfigen Familie nehmen will. Da sie bereits oft in diesem Lager war, um Frauen in Hygiene zu unterrichten und Interviews mit ihnen zu führen, leidet sie selbst an einer Bleivergiftung, hat dadurch sehr stark abgenommen und leidet unter immer wieder auftretender Übelkeit. Natürlich will sie den direkten Kontakt mit dem Lager vermeiden. Sie trägt ihre persönliche Situation fatalistisch, sieht sich als eine von vielen und doch

1980: Tod Marschall Titos. Die einzelnen Provinzen streben mehr und mehr nach Unabhängigkeit.

1986: Slobodan Milosevic wird Parteichef in Serbien. Der Groß-Serbische Gedanke wird propagiert.

1987: Milosevic hält seine Rede auf dem Amselfeld. Im Kosovo beginnt die serbische Mobilisierung. Milosevic wird Präsident Serbiens.

1988: Es kommt zu Demonstrationen, die militärisch zerschlagen werden. Milosevic verspricht die Wiederherstellung der nationalen Einheit Serbiens und den Sieg im Kampf um das Kosovo.

1989: Verfassungsänderung, die Autonomie des Kosovo wird aufgehoben.

1990: das Kosovo wird unter serbische Zwangsverwaltung gestellt.

1991: erste Panzer rollen gegen Demonstranten Slowenien und Kroatien erklären ihre Unabhängigkeit, dann Makedonien. Das albanische Untergrundparlament proklamiert die unabhängige Republik Kosovo. Der Krieg bricht aus.

Sarajewos Nachwuchs

Paul Polanski

1995: Daytoner Friedensabkommen, das den Krieg in Bosnien beendet.
die albanische Befreiungsarmee UCK bildet sich

1998: 94% der Serben sprechen sich gegen eine internationale Vermittlung in der Kosovo-Krise aus.

1998: Die NATO beschließt die erste Stufe des Mobilmachungsprozesses von Luftstreikkräften zum Einsatz gegen Jugoslawien.

1999: Es kommt zu Friedenskonferenzen in Rambouillet, sie scheitern, werden in Paris fortgesetzt. Die Kosovo Albaner unterschreiben diesen Friedensplan, doch die Regierung unter Milosevic lehnt ihn ab. März Beginn der Luftangriffe der NATO. Erste Massaker werden bekannt, systematische Vertreibung der Albaner.

Mai 99: Die G8 Staaten einigen sich in Bonn auf Prinzipien zur Beendigung des Krieges
Das UN Kriegsverbrechertribunal in Den Haag erhebt Anklage gegen Milosevic und 4 weitere führende Politiker.

Juni 99: Milosevic stimmt dem Friedensplan zu, der eine UN Präsenz und eine internationale Friedenstruppe im Kosovo vorsieht.
Offiziell ist der Krieg beendet.

2004: In Mostar bombardieren sich Bosnier und Muslime, die berühmte Brücke wird zerstört.

als eine Privilegierte, weil sie sich durch diese Arbeit zeitweise vom persönlichen Leid ablenken kann und Paul etwas Geld für ihre Behandlung erhält.

Die Familie kommt zum Bulli, die Haarproben werden genommen. Wir halten uns im Hintergrund und erfahren von dem Cafebesitzer, dass wir uns durchaus noch in der bleiverseuchten Zone befinden, gibt es doch eine schriftliche Empfehlung für die UN-Soldaten, in diesem Gebiet besser nicht zu joggen.

Wir bezahlen unseren Kaffee mit Dinar. Außerhalb Mitrovicas gilt diese Währung nicht mehr. In den Enklaven ist es das Zahlungsmittel erster Wahl. Wo sollten auch die Euros herkommen?

Rückfahrt nach Pristina, die Kontrollen, der Nummernschilderwechsel.

Kurz vor Pristina entscheiden wir uns, Tina und ihren Vater nicht noch mal der Angst und Nervosität auszusetzen und lassen uns an einem Taxi und Marktstand vor der Stadt absetzen.

Die Taxifahrer buhlen um uns, Taxifahren ist billig, aber es gibt kaum Tourismus in Pristina und Umgebung. Wir setzen uns also in ein Auto, dass mit dem üblichen Schild als Taxi gekennzeichnet ist. Als der Fahrer uns, seine Beute, im Fond hat, nimmt er das Schild vom Dach, schmeißt es in den Kofferraum, nimmt einen Schraubenzieher vom Armaturenbrett und öffnet die Motorhaube. Er startet den Motor an dieser Stelle, springt

in den Wagen und manövriert uns durch die mit zahlreichen anderen Wagen und Lastern befahrenen Strassen, wobei er die Hupe, Gesten und ein paar gerufene Wörter benutzt. Für 2,50 Euro kommen wir so zu unserem Hotel, wo ich mir erst mal Ruhe gönne und mein Freund ein Bier trinkt.

Nach diesen Erfahrungen in Ex-Jugoslawien und speziell im Kosovo, stellen sich uns viele Fragen, wie z.B.:

– Wie kann es zu Rückführungen von Roma und Sinti in den Kosovo kommen?

– Wie kann es sein, dass die Berichte, die die Abschiebemöglichkeiten in den Kosovo dokumentieren, so positiv ausfallen?

Unterwegs

– Wie kann es sein, dass trotz negativ verlaufender Abschiebungen weiterhin in Europa Duldungs- und Abschiebepraktiken verschärft werden?

– Wie kann es sein, dass die zahlreichen Hilfsorganisationen vor Ort durchaus präsent, aber nicht hilfsaktiv in Prävention sind, sondern nur nach Geschehnissen eingreifen?

– Wie kann es sein, dass immer noch 3000 Menschen auf verseuchtem Land leben müssen, obwohl die Lager in Mitrovica nur eine Übergangslösung für vierzig Tage sein sollten und selbst die UN-Soldaten davor gewarnt wurden, sich auch nur kurze Zeit dort aufzuhalten?

– Welche Auswirkungen hat dieser Krieg auf die Sozialisation der Roma und Sinti? Es ist doch jetzt schon klar, dass sich Analphabetismus, Alkoholismus und Schwermetallvergiftungen ihren schwarzen Faden durch Generationen von Roma und Sinti ziehen werden.

Die Frage, wie nationalistische Infizierung passiert, ist eine nach wie vor spannende, und trotz der deutschen Geschichte immer aktuell.

Der militärische Einsatz der Deutschen als NATO-Verbündete war der erste aktive, scharfe Einsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Vielleicht erklärt das, dass Touristen von allen Kontinenten Ex-Jugoslawien besuchen, nur Deutsche lassen sich seit dem Krieg kaum blicken.

Auf dem Weg nach Kotor...

Fazit:

Der Schutz von Minderheiten muss an erster Stelle stehen, wenn es um Unabhängigkeitsverhandlungen geht, denn solche Bestrebungen klingen in den Ohren EU-Zugehöriger wie ein segensvoller Schritt in die Demokratie, doch im Kosovo bedeutet das konkret die Aussetzung der Minderheiten der dann noch freier werdenden nationalistischen Willkür.

Text und Fotos: Sabine Haar

Massenmedien, Migration und Integration

Den Autoren dieses Fachbuches gelingt es, eine möglichst sachliche Darstellung der Lebensrealität und der Vielfältigkeit von Migranten in Deutschland darzustellen. Die Zusammenhänge zwischen Vorurteilen, tatsächlichen Verhältnissen und den von Medien „gestylten“ Zuständen werden eingehend erläutert. Es wird deutlich, dass sowohl Medien wie auch Politiker eine hohe Verantwortung tragen und es keinem erspart bleiben sollte, seine vermeintlich eigene Meinung genau zu überprüfen. 11 verschiedene Autoren kommen zu Wort – jeder davon nähert sich diesem umfassenden Thema auf seine eigene Art und Weise. Ob nun das Islambild in den Medien nach dem 11.09.2001 beleuchtet wird oder das Bild „fremder Frauen in deutschen Medien“ – das von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges herausgegebene Buch zeigt die verschiedenen Facetten einer zu Kontroversen führenden Thematik.

Es ist nur schade, dass diejenigen, die dieses Buch am meisten betrifft, es vermutlich nicht lesen werden. Ein Buch gegen Stammtischparolen und für einen sachlichen Umgang mit dem Thema Migration, ohne dabei die vorhandenen Probleme zu negieren.

Barbara Teichmann

„Massenmedien, Migration und Integration“ von Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.), erschienen im VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006,

Recht

Gerichte müssen Hartz IV-Bezieher schützen

Insbesondere bei der Grundsicherung haben sich die Gerichte schützend und fördernd vor die Grundrechte der einzelnen zu stellen.

Bundesverfassungsgericht, 1 BVR 569/05 vom 12.5.05, Mitteilung des Gerichts

Keine eheähnliche Gemeinschaft

Ein Liebespaar ist nicht automatisch eine eheähnliche Gemeinschaft. Finden Sozialdetektive beim Hausbesuch gemeinsame Doppelbetten, Kleiderschränke oder Lebensmittel vor, so sagt das nichts darüber aus, ob die Partner als Bedarfsgemeinschaft zu führen sind. Gegen das Vorliegen einer Bedarfsgemeinschaft spricht ein bislang nur kurzes Zusammenleben, die getrennte Kontoführung und das Fehlen von gemeinsam betreuten Kindern oder anderen Angehörigen.

Sozialgericht Lüneburg, S 25 AS 385/06 ER vom 20.04.06, www.tacheles–sozialhilfe.de

Ich-AG-Zuschuss wird im Alg II nicht angerechnet

Der Ich-AG-Zuschuss (Existenzgründungszuschuss) soll Arbeitslose in der Gründungsphase fördern, die bisher hauptsächlich wegen der Sozialversicherung im Arbeitslosengeld geblieben sind. Für die Gründer besteht dann Rentenversicherungspflicht sowie ein besonderer Krankenversicherungstarif. Beantragt der Gründer in einer betrieblichen Flaute ergänzend Hartz IV, dann darf der Ich-AG-Zuschuss nicht als Einkommen angerechnet werden, denn er wird für einen anderen Zweck als für den Lebensunterhalt gezahlt, nämlich für die Sicherung des Betriebes und der persönlichen Sozialversicherung.

Sozialgericht Lüneburg, S 25 AS 773/05 vom 19.04.06, www.tacheles–sozialhilfe.de

(Anmerkung: Andere Gerichte urteilen schon mal anders, siehe Urteilsbegründung.)

Eingliederungsvereinbarung nicht unterzeichnet

Eine Eingliederungsvereinbarung muss sich in eine „Vereinbarungsebene“ und eine „endgültige Phase“ aufteilen. Eine Weigerung zum Abschließen der Vereinbarung dürfte erst dann vorliegen, wenn der Leistungsträger unmissverständlich das Ende der Verhandlungsphase verkündet, dem Hilfebedürftigen ein als solches gekennzeichnetes abschließendes Angebot unterbreitet und der Hilfeempfänger dieses Angebot auch nach Ablauf einer angemessenen, konkret zu benennenden Überlegungsfrist nicht annimmt.

Sozialgericht Hamburg, S 50 AS 661/06 ER, www.tacheles–sozialhilfe.de

WG und angemessene Wohnungskosten

Bei der Feststellung der angemessenen Unterkunftskosten für eine Einzelperson in einer Wohngemeinschaft ist jeweils von den Höchstgrenzen für Aufwendungen für einen Einpersonenhaushalt auszugehen.

LSG Niedersachsen-Bremen, L 8 AS 245/05 ER vom 17.03.06, www.tacheles–sozialhilfe.de

Eine Aufhebung der Zahlung von Hartz IV ist übermäßig

Die zwingende Aufhebung der Regelleistung nach § 31 Abs. 5 SGB II wegen Abbruch einer Maßnahme begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken, weil sie dem Sozialstaatsprinzip und dem Übermaßverbot widerspricht. Ein Bescheid, der die Regelleistung nach dem SGB II gemäß § 31 Abs. 5 SGB II aufhebt, ist vermutlich rechtswidrig. Die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen ihn ist anzuordnen. Hartz IV ist erst mal weiter zu zahlen.

Sozialgericht Regensburg, S 13 AS 166/06 ER vom 10.4.06, www.tacheles–sozialhilfe.de

Arbeitslosmeldung nach nicht gemeldeter Beschäftigung

Mit einer Arbeitsaufnahme ist die Arbeitslosmeldung vollständig erloschen. Wer die Aufnahme einer Arbeit nicht gemeldet hat, muss zuviel gezahlte Arbeitslosenunterstützung zurückzahlen, und zwar auch für beschäftigungslose Zeiten nach Ende des nicht gemeldeten Jobs. Erst ein erneuter Besuch im Amt ist als neue Arbeitslosmeldung zu werten.

BSG, 7a AL 76/05R vom 1.6.06, Pressemitteilung des Gerichts

Renovierung bei Auszug aus der Wohnung

Muss der Mieter bei Auszug aus seiner Wohnung renovieren? Ein immer wiederkehrendes, oft kostenintensives Problem. Insbesondere eine neue Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGB) führt in vielen Fällen dazu, dass der Mieter trotz anders lautender Vereinbarung im Mietvertrag keine Schönheitsreparaturen vorzunehmen hat!

Starrer Fristenplan und Quotenregelung

Wurde die Verpflichtung zur Durchführung von Schönheitsreparaturen nicht wirksam auf den Mieter übertragen, kann sich der Vermieter auch nicht auf die zusätzlich im Mietvertrag vereinbarte quotenmäßige Kostenübernahme bei angefangenen Renovierungsintervallen berufen.

BGH VIII ZR 178/05

Kaution

Die Mietkaution sichert u.a. noch nicht fällige Ansprüche, die sich aus dem Mietverhältnis und seine Abwicklung ergeben, und erstreckt sich damit auf Nachforderungen aus einer nach Beendigung des Mietverhältnisses noch vorzunehmenden Abrechnung der vom Mieter zu tragenden Betriebskosten. Deshalb darf der Vermieter einen angemessenen Teil der Mietkaution bis zum Ablauf der ihm zustehenden Abrechnungsfrist einbehalten, wenn eine Nachforderung zu erwarten ist.

BGH VIII ZR 71/05

Anwalt Tipp

von Wilhelm Achelpöhler

Wie Kinder etwas fürs Vaterland tun können

Schon kleine Kinder können etwas für den Standort Deutschland tun. Sie können nämlich helfen, den völlig überlasteten Sozialstaat ein wenig zu entlasten. Wie weit der Beitrag der Kinder gehen kann, darüber streiten noch die Gerichte.

Petra und Paul sind verheiratet und haben zwei Kinder. Dann trennt sich Paul von Petra. Die Kinder bleiben bei der Mutter, für die die Situation jetzt deutlich schwieriger wird: Zwei kleine Kinder und daneben noch vollschichtig arbeiten, das führt zu Problemen. Zu viele Probleme wie ihr Chef meint, deshalb kündigt er Petras Arbeitsverhältnis. Dafür braucht er nicht einmal einen Grund darzulegen, da im Zuge der Agenda 2010 sein Betrieb nicht mehr unter das Kündigungsschutzgesetz fällt, er hat nur neun Beschäftigte.

Petra ist arbeitslos, findet nicht so schnell einen neuen Job und beantragt dann für sich Arbeitslosengeld II und für die Kinder Sozialgeld. Zu allem Überfluss hatte sich Paul auch geweigert, sogleich Unterhalt für die Kinder zu zahlen. Es kommt zum Streit und zum Prozess. Während dieser Zeit ist die Situation für Petra mehr als knapp, aber sie schlägt sich halbwegs ohne Sozialleistungen durch. Nur Weihnachten fällt für die Kinder natürlich eine Nummer kleiner aus als sonst. Dann kommt endlich das Urteil des Familiengerichtes: Paul muss einige Tausend Euro nachzahlen. So schafft Petra endlich den PC mit den Computerspielen an, die ihre beiden Söhne so dringend brauchen. Als dies die Bundesagentur erfährt, frohlockt man dort und streicht Petra alle Sozialleistungen: Ihre Kinder erhalten kein Sozialgeld mehr und sie selbst erhält kein Arbeitslosengeld II mehr. Begründung: Der nachgezahlte Unterhalt des Vaters sei Einkommen der Kinder. Das Einkommen der Kinder sei auf deren Anspruch auf Sozialgeld anzurechnen sowie den ALG II-Anspruch der Mutter. Nach § 9 Abs. 5 SGB II gelte nämlich die Vermutung, dass die Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft sich gegenseitig unterhalten. Petra ist damit nicht einverstanden und klagt und das Sozialgericht Speyer gibt ihr Recht, Aktenzeichen S 1 ER 161/06 AS. Das Sozialgericht Speyer ist nämlich, anders als das Sozialgericht Aachen, der Meinung, dass im Verhältnis von Kindern zu den Eltern § 9 Abs. 5 SGB II nicht gilt. Nach dieser Bestimmung wird vermutet, dass Hilfebedürftige, die in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten leben, von diesen Leistungen erhalten, sobald dies nach Einkommen und Vermögen erwartet werden kann. Davon war das Sozialgericht Aachen auch im Verhältnis von minderjährigen Kindern zu ihren Eltern ausgegangen, anders jetzt das Sozialgericht Speyer in seiner Entscheidung vom 01.06.2006. Das Sozialgericht Speyer ist der Auffassung, dass eine solche Anrechnung der Regel des § 9 Abs. 2 SGB II widerspreche, in der jedenfalls ausdrücklich nichts über die Berücksichtigung des Kindeseinkommens bei den Eltern ausgesagt sei. So ist der nachgezahlte Kindesunterhalt „nur“ auf den Sozialgeldanspruch der Kinder anzurechnen. Die Anschaffung des PC war also verfrüht, die Einsparungen in der Vergangenheit vergebens.

So entdeckt der Staat den Kindesunterhalt noch als Ressource zur Verkürzung eigener Sozialleistungen und gibt unterhaltspflichtigen Vätern in solchen Fällen geradezu einen Wink mit dem Zaunpfahl: Die unterhaltspflichtigen Kinder bzw. deren Mutter verliert jedes Interesse, den Unterhaltsanspruch für ihre Kinder noch durchzufechten, wo dieser ja ohnehin später mit dem Sozialgeldansprüchen der Kinder verrechnet wird. Je egoistischer der Vater gegenüber seinen eigenen Kindern vorgeht, desto mehr wird er belohnt. So sind gleich zwei Sanierungsfälle gelöst: Der Sanierungsfall Deutschland und die Not der deutschen Patriarchen.

Sozialberatungen im cuba

Achtermannstrasse 10-12
48153 Münster

Arbeitslosenberatung,
Fon: 511929

Offene Beratung ohne Voranmeldung

Montag und Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

sic -Sozialbüro im cuba,
Fon: 58856

Beratung nur nach Termin.

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende, Fon: 58856

Beratung nur nach Termin.

Sozialhilfetelefon, Fon: 43544

Montag: 15:00 bis 17:00 Uhr

Gespräch in einer Parallelwelt

Oder: Zwei Parallelen können sich auch vor der Unendlichkeit treffen

Foto: Fiener

Die SPERRE im Gespräch mit MALTA-Mitarbeiterin Christiane Bauks über ihre Arbeit und ein Ausflug in eine Parallelwelt.

SPERRE: Eine Frage vorab: Diese Ausgabe der SPERRE hat das Thema „Parallelwelten“. Was fällt dir spontan zu diesem Thema ein?

Christiane: Parallelwelten? Na ja, eben das, was in diesem Moment parallel zu unserem Gespräch geschieht. Von dem wir nichts wahrnehmen, weil es eben parallel stattfindet. Oder mir fällt noch etwas aus dem Matheunterricht ein: Zwei Parallelen treffen sich in der Unendlichkeit. Ist das richtig so? Der Matheunterricht ist so lange her.

SPERRE: Dann hieße das ja, dass Parallelwelten sich erst in der Unendlichkeit begegnen?

Christiane: Das meine ich nicht. Gerade in der heutigen Zeit können wir ja beinahe uneingeschränkt in Parallelwelten eintauchen. Die meisten machen das ja täglich beim Fernsehen oder Surfen im Internet. Die Medien profitieren von der Neugier ihrer Benutzer, in andere Welten zu tauchen. Vielleicht weil die eigene Welt oft so beschränkt und langweilig ist.

SPERRE: Medien öffnen uns also die Türen zu Parallelwelten?

Christiane: Eigentlich schon, nur wird das meiner Meinung nach meistens nicht bewusst wahrgenommen. Es gibt ja auch Begegnungen mit Parallelwelten im alltäglichen Leben, die bewusster wahrgenommen werden, weil sie direkt betreffen. Wenn ich zum Beispiel an einer Ampel stehe, ein Tiertransporter fährt vorbei aus dem sich schnüffelnde Schweinenasen strecken, ist das ja eine Begegnung mit einer Parallelwelt. Im Grunde habe ich zwei Möglichkeiten: Der Anblick des Tiertransporters macht mich betroffen, weil ich weiß, dass diese Reise im Schlachthof endet. Ich nehme Anteil an dieser Parallelwelt. Oder ich kann diese Parallelwelt auch an mir vorbeiziehen lassen nach dem Motto: Ist halt so! Wenn ich Anteil nehme, kann ich diese Welt auch beeinflussen, indem ich kein Fleisch mehr esse. Dadurch ermögliche ich den Tieren ein würdigeres Leben, das nicht mit einer Fahrt zum Schlachthof endet.

SPERRE: Konsumverzicht als politisches Mittel?

Christiane: Ja, so gesehen schon.

SPERRE: Heißt das auch, die Teilnahme an einer Parallelwelt erfordert Verantwortungsbewusstsein?

Christiane: Das hängt ja von der eigenen Person ab. Aber ich denke, dass in vielen Parallelwelten einiges im Argen liegt und dass es die eigene Betroffenheit ist, die Menschen handeln lässt.

SPERRE: Das heißt im alltäglichen Leben?

Christiane: Naja, aus eigener Betroffenheit entsteht politisches und soziales Engagement. Da wo ich wohne, ist ein monatlicher Nachbarschaftsstammtisch entstanden, der sich um Nachbarschaftshilfe bemüht. Die Leute kümmern sich auch um SeniorInnen, die zuhause wohnen bleiben möchten, aber auf Unterstützung angewiesen sind. Das ist meiner Ansicht nach bewusste Teilnahme an einer Parallelwelt.

SPERRE: Du bist im MALTA als MitarbeiterIn für das Angebot „Bewerbungen schreiben, Stellen suchen“ verantwortlich. Tauchst Du dort auch in Parallelwelten?

Christiane: Ja gerade, wenn es um den Lebenslauf geht. Oft muss der Lebenslauf der BesucherInnen in eine „richtige“ Form gebracht werden. Das ist dann manchmal etwas Biografiearbeit. Da öffnet sich dann eine Parallelwelt, die stattgefunden hat, und die eine angemessene Ausdrucksform braucht. Eben möglichst reduziert auf ein Din A 4 Blatt.

Eine BesucherIn aus dem Libanon fragte ich nach Zeugnissen für ihre Bewerbungsmappe. Sie hatte keine mehr, weil ihre gesamten Unterlagen verbrannten, als eine israelische Bombe ihr Haus im Libanon zerstörte. Das machte mich schon betroffen, als sie von der Parallelwelt im Libanon erzählte.

SPERRE: Vielleicht keine israelischen Avocados mehr kaufen, als Konsequenz der Betroffenheit?

Christiane: Hm, zumindest nicht bei Lidl.

SPERRE: Oder so! Es kommen BesucherInnen aus unterschiedlichen Parallelwelten. Was sind ihre Anliegen?

Christiane: Viele die kommen, benutzen die PCs, um ihre Bewerbungen zu schreiben und sie hier auszudrucken. Dann suchen viele im Internet nach Stellenangeboten und benutzen das Telefon, um Kontakt zu den Arbeitgebern aufzunehmen. Einige brauchen dafür Unterstützung. Das heißt, ich helfe ihnen, Bewerbungsmappen zusammenzustellen und nach Stellen zu suchen. Es kamen auch BesucherInnen, die ein Arbeitszeugnis umformulieren wollten, oder Unterstützung suchten, um sich auf ein Vorstellungsgespräch vorzubereiten. Oft suchen die BesucherInnen auch Gemeinschaft, um sich aufzubauen. Angst und Perspektivlosigkeit belastet viele. Da kann es schon hilfreich sein, wenn mit anderen „Betroffenen“ darüber geredet wird. Gerade in dieser sozial kalten Zeit ist Begegnungsraum wichtig, damit wir in unseren Parallelwelten nicht ganz vereinsamen und aneinander vorbei leben. Dann dauert es vielleicht wirklich bis zur Unendlichkeit, dass zwei Parallelen sich begegnen.

SPERRE: Wobei wir wieder am Anfang unseres Gespräches sind. Danke und alles Gute für die Zukunft.

Münsters „Regionalstelle Frauen & Beruf“ ist in ihrem Bestand bedroht

Land NRW streicht die Förderung ab 2007

von links: Brigitte Sträßer, Uta Armbrust, Christel Zeisler, Gerlinde Amsbeck
Foto: Ulrike Dammann

Die Landesregierung NRW hat am 23. Juni 2006 per Fax mitgeteilt, dass die Landeszuschüsse für die Regionalstellen Frau & Beruf in NRW zum Ende des Jahres 2006 gestrichen werden. Von dieser Entscheidung sind 46 Regionalstellen in Nordrhein-Westfalen betroffen. Auch die Regionalstelle Frauen & Beruf in Münster betrifft es, die seit 1996 mit Mitteln des Landes und der Stadt Münster gefördert wird und bereits seit 1988 landesfinanziert als Kontakt- und Informationsstelle in Münster besteht.

In der Begründung des zuständigen Ministeriums heißt es, dass es „trotz der unbestritten erzielten Erfolge der Regionalstellen nicht mehr gerechtfertigt erscheint, das Netz der Regionalstellen über 2006 hinaus weiter aufrechtzuerhalten“. Gleichstellungspolitische Ziele würden inzwischen im Rahmen der Arbeits-, Wirtschafts- und Bildungspolitik wahrgenommen, wo es eine „Vielzahl von Vorgaben und Instrumentarien“ gebe, die zur Umsetzung von mehr Chancengleichheit beitragen.

Für den Trägerverein der Regionalstelle Frauen & Beruf in Münster, FrauenForum e.V., ist die Entscheidung der Landesregierung, sich vollständig aus der Finanzierung der Regionalstelle zurückzuziehen, nicht nachvollziehbar. Durch den Wegfall der Landesförderung ist eine in Münster unverzichtbare Institution zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen massiv gefährdet. Auch wenn gleichstellungspolitische Ziele eine stärkere Verankerung in allen Politikbereichen gewonnen haben, ist die Regionalstelle Frauen & Beruf ein Motor, der auch weiterhin notwendig ist, um die Verbesserung der Chancengleichheit im Sinne der Frauen und auf allen Ebenen voranzutreiben.

Mit den Schwerpunkten Familie & Beruf, Berufswahlorientierung, Genderpolitik und Existenzgründung ist die Regionalstelle zu einer zentralen Anlaufstelle in der beruflichen Orientierung von Frauen geworden. Frauen und Mädchen haben die Regionalstelle als verlässliche und vertrauensvolle Partnerin auf ihrem Weg in Ausbildung, Erwerbsarbeit oder berufliche Selbstständigkeit erlebt und in großer Zahl genutzt. Allein im Jahr 2005 haben mehr als 2.000 Frauen und Mädchen die Regionalstelle für Kontaktgespräche, Beratungen, Qualifizierungen sowie Fach- und Info-Veranstaltungen aufgesucht. Mit Projekten, Workshops, Orientierungsberatungen, Fachveröffentlichungen und dem Engagement in zahlreichen kommunalen und überregionalen Netzwerken gewährleistet die Regionalstelle eine hohe Qualität und verfügt über ein starkes Netzwerk.

Obwohl die Einrichtung bereits in den vergangenen Jahren Kürzungen von 50 Prozent der Landesmittel kompensieren musste, konnten diese bislang durch eine Konzentration auf die Kernaufgaben, die Beratung von jungen Frauen und die Beratung von Wiedereinsteigerinnen, durch große Anstrengungen des Trägers und der Mitarbeiterinnen sowie die gleich bleibende finanzielle Unterstützung der Stadt Münster aufgefangen werden. Durch die jetzigen Kürzungen ist die Regionalstelle Frauen & Beruf in ihrem Bestand bedroht.

Und das in einer Zeit, in der der Druck auf die Frauen deutlich größer wird. Durch die Veränderungen beim Elterngeld, aber auch durch Änderungen im Unterhaltsrecht und durch die Hartz IV-Gesetzgebung wächst der Anspruch der Politik an die individuelle Eigenverantwortung. Damit Frauen unter den neuen Bedingungen ihre beruflichen Ziele formulieren und verfolgen können, brauchen sie auch in Zukunft und gerade jetzt verlässliche Partnerinnen, die ihnen dabei helfen, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen.

Ohne die Regionalstelle Frauen & Beruf gäbe es in Münster für Frauen und Mädchen in der Berufsorientierung, Berufsrückkehr und beruflichen Neuorientierung dieses niedrigschwellige Angebot nicht mehr. 20 Jahre Erfahrung und eine Struktur, die zahlreiche Projekte und ein landesweit vorbildliches Frauennetzwerk aufgebaut hat, wären unwiederbringlich verloren.

AUFRUF:

Zeigen Sie Frauenminister Laschet die Rote Karte! Verteidigen Sie mit uns, der Regionalstelle Münster „Frauen und Beruf“, den Erhalt der Regionalstellen in NRW! Sichern Sie Kompetenz, Qualität und engagierte Netzwerkarbeit für Frauen in NRW! Lassen Sie nicht zu, dass Strukturen zerstört werden, die dafür sorgen, dass sich „Sensibilität“ in Aktivität verwandelt!
Schreiben Sie bitte einen Protestbrief an:
armin.laschet@mgffi.nrw.de
oder
marion.gierden-juelich@mgffi.nrw.de
(Staatssekretärin im MGFFI)

Kopie bitte an: **frauen@muenster.de**
Weitere Infos sind zu finden unter:

www.frau-und-beruf-nrw.de

NUR EIN TRAUM

Neulich Nacht hatte ich einen verdammt realistischen Traum. Es fing an mit dem Knarren der Taue eines alten Segelschiffs auf hoher See (ich brauche wohl doch mal neue Matratzen). Von einem Rettungsboot, das an einem langen Seil hinter dem Schiff herschlingerte, klang die Stimme von Guido Westerwelle: „Hol über, Fährmann", aber keiner der Mannschaft des alten Segelschiffs reagierte auf den fehlplatzierten Zuruf. Nur tief aus dem Inneren des Schiffes tönte schwach Schäubles Stimme: „Mer nemme koi Ohhalter mit!" „Ruhe im Bauch" brüllte die Kapitänin und wandte sich zu ihren Steuermann um. „Wenn wir auf Warpgeschwindigkeit sind, kappst du das Tau von Guidos Rettungsboot! Klar Franz?" „Ay, Ay Sir. Madam, Sir", salutierte Münterfering und fuhr fort mit der Bestandsaufnahme der Ladeliste.

Behende wuselte de Maizière um die Kapitänin herum, bemüht ihr Rum einzuflößen. „Geh mir weg mit dem Fusel Thomas" fuhr sie ihn barsch an. Dann brüllte sie mit vergeblich um Männlichkeit ringender Stimme: „Steinmeier!! Hast Du endlich den Kurs zum Wurmloch abgesteckt?" „Ay Käptain, Kurs liegt an" kam die knappe Antwort des Navigators. „Dann haltet euch fest, Jungs und Mädels, auf geht die Fahrt." Ein Grinsen huschte über die herben Züge der Kapitänin, zu kurz um von einem der Besatzungsmitglieder wahrgenommen zu werden. In den Bauch des Schiffes hinunter kommandierte sie: " Steinbrück, schmeiß den Rest Kohlen in den Duplikator und mach Dampf, die Strömung ist günstig! Ich will Warp 10 sehen!"

Das Schiffsdeck bebte und die Masten bogen sich als das schwere Gefährt Fahrt aufnahm. Pfeilschnell schoss es über die Wellenberge hinweg. Kurz bevor es mit einem Blitz im Nirgendwo verschwand, sah ich Müntefering mit einem Säbel das Tau kappen, an dem Guidos Rettungsboot erbarmungslos hinterher gezerrt wurde. Tiefgrün im Gesicht schaute er erleichtert aber auch neidisch auf die Stelle, an der die Fregatte am Horizont verschwunden war.

Das Segelschiff taumelte durch die Raum-Dimensionen, krachte ab und an mit der Reling an ein Paralleluniversum und tauchte endlich an berechneter Stelle wieder aus dem Wurmloch auf. Aufatmend richteten sich die Besatzungsmitglieder auf und schauten sich um. Ringsherum lief die Zeit rückwärts. „Ahoi, wir haben es geschafft!" jubelte die Kapitänin „Wir sind im Rückwärtsuniversum! Behalt den Kurs im Auge Steinmeier! Glos, du gibst Bescheid, wenn wir die Wirtschaftswunderzeit erreicht haben, nicht dass wir wieder im Krieg landen." Glos starrte gebannt auf ein Gerät, das wie ein Kompass aussah, allerdings rückwärts laufende Jahreszahlen anzeigte. „Wir sind erst bei 1978 Käptain. Bei 1951 gebe ich Bescheid." Wohlwollend nickte diese zurück und rief: „Alles bereithalten zum Wenden!"

Der Technokrat hielt den Blick auf seine Instrumente gerichtet und zählte laut die Jahre rückwärts. „55, 54, 53, 52, 51!" Käptain Merkel gab dem Steuermann das Kommando zum Wenden. Aber nichts geschah. Weiter und weiter driftete die Fregatte in die Vergangenheit. Die Weltkriege zogen vorbei, die heilige Inquisition und Christi-Geburt... Erst als die Eiszeit vorbeigezogen war, änderte das schwere Schiff träge seinen Kurs, um mitten in der Steinzeit zu wenden. „Mensch Münte!" brüllte die Kapitänin „du hast uns um 37.000 Jahre zu weit zurück gebracht!" Doch der Steuermann zuckte nur mit den Schultern und gab zurück: „Das nenne ich Entwicklungspotential..."

Lachend erwachte ich und dachte: „Endlich ist die Regierung mal zeitgemäß."

pad

Volle Fahrt zurück!

Wie alles begann...

Armut in Anmut

„Die Kunst des stilvollen Verarmens“ Alexander von Schönburg gibt Tipps, wie man gut gelaunt auf Wohlstand und Luxus verzichtet.

Armut ist ein relativer Begriff – dehnbar wie Kaugummi. Der Journalist Alexander von Schönburg hat sich der „Neuen Armut“ angenommen und ein Buch geschrieben über die Kunst, den sozialen Abstieg in Glanz und Ehre zu meistern. Wenn allerdings der Bruder von Gloria von Thurn und Taxis und Maja Flick, selbst Ehegatte der queenschen Nichte, über Armut spricht, dann balanciert diese Armut über doppelt gesicherten Boden und hat nur im Entferntesten mit Existenzminimum, Insolvenz, Hartz IV oder gar der Dritten Welt zu tun. Diese Armut entspringt zwar auch einem weniger Haben als zuvor – zuvor war jedoch mehr als reichlich. Die Probleme scheinen aber nicht minder gewichtig zu sein, wenn der Gürtel enger geschnallt werden muss; egal ob dieser nun aus Leinen oder Gold ist. Und darüber lässt es sich betont geistreich parlieren, so wie in diesem Buch, einem Buch, das schon letztes Jahr auf gewissen Bestsellerlisten zu finden war.

Armut ist IN

Armut ist also IN. Sagt Alexander von Schönburg. Das haben wir eigentlich alle gewusst und gespürt, allein uns fehlte der Glaube. Jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Wir sind die Vorreiter des Nouveau-Pauvre-Chics.

In Restaurants essen gehen – wer will das schon? Doch sicherlich nur die, die sich nichts zu sagen haben und nur über das Essen schwadronieren können – beim Dinner unterschreiben sie ihre eigene gesellschaftliche Bankrotterklärung. Ohnehin sind die Koriander-Gurkenschaumsuppe mit Pinienkernen, der Bierschaum-Carpaccio, die Austern-Lasagne oder ähnlich phantasievoll klingende Gerichte nichts als verbale Schaumschlägerei irgendwelcher profilierungssüchtiger und überbewerteter Star-Köche. Dabei schmecken gekochte Kartoffeln mit Salz und Butter doch weitaus besser. Auch das haben wir geahnt. Und dass die Konsum-Tempel den Armen eh verschlossen bleiben, ist gut so, denn Konsum macht dumm und wenn schon Armut, dann nicht in Dummheit getüncht. Dass Verreisen genauso dumm machen kann, belegt eine Studie, die Schönburg zu Hilfe zieht. Jede Pauschalreise verringert den IQ. Die geistige Elite bleibt zuhause, versteht sich. Armut in Anmut ist Schönburgs Devise. Monsieur lässt es sich auch nicht nehmen, Einrichtungstipps für die Wohnung zu geben. „Die Eleganz liebt die Leere“ hilft allerdings auch nur dann weiter, wenn man sich seines schon vorhandenen Mobiliars bewusst und gewollt entledigt. Für die, die es sich gar nicht erst beschaffen können, da dass das nötige Kleingeld fehlt, ist es beileibe kein Trost.

Dass diese Tipps in gewissen Milieus vollkommen unnütz sind, weiß Herr von Schönburg selber. Er richtet sich auch nicht an die schier von Existenzangst Betroffenen, sondern letztendlich an ein Bildungsbürgertum, das seine Felle dahin schwimmen sieht und sein letztes noch intaktes Kapital, das Kapital der kulturellen und sozialen Bildung, zückt, um sich nichts anderes weis zu machen, als dass das berühmte Glas doch noch halb voll ist. Für die Anderen wird es weiterhin ganz leer bleiben.

Die geistige Elite bleibt zuhause

Das Buch ist in einem Rutsch zu lesen; nette Details über Pisa, den Ungarn, Helmut Berger und die Strassenverkehrsordnung werden ausgegraben und letztendlich erfährt man auch, dass „Luxus nicht im Reichtum oder in Geziertheit liegt, sondern im Fehlen des Vulgären.“ Da möchte man doch Dandy der 20er Jahre sein, stilvoll inszeniert den Mund öffnen und solch Weisheiten seiner an den Lippen hängenden Anhängerschaft eintrichtern. „Der allergrößte Feind des Geschmacks ist das Geld.“ Aha. Oho. Soso. Letztendlich ist das Loslassen allen Materiellen als buddhistische Haltung sicherlich ein hehres Ziel – wenn man denn etwas zum Loslassen hat. „Die Kunst des stilvollen Verarmens“ bleibt ein absolut überflüssiges Buch und dennoch ein amüsanter Zeitvertreib in der Stunde der Muße. Das Geheimnis, wie man ohne Geld reich wird, wird allerdings hier und jetzt nicht gelüftet.

cc

Denn sie wissen, was sie sagen

Ein paar Lügen über Hartz IV

und warum die Bundesregierung sie immer wieder benutzt.

Bei der Übergabe des Berichts des Ombudsrates zu Hartz IV konnte sich Arbeitsminister Müntefering wieder einmal eine Bemerkung nicht verkneifen. Arbeitslose, so Müntefering, sollten Hartz IV nicht als Sozialhilfe Plus begreifen und auch bereit sein, Spargel zu stechen. Und schon war das schlichte Bild über Arbeitslose trotz Ombudsrat wieder komplett: Die liegen in der Hängematte und wollen nicht arbeiten.

Diese und ähnliche Vorurteile gegenüber Arbeitslosen haben Methode. In der über 20-jährigen Geschichte der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland finden Denunzierungen von Arbeitslosen immer im Vorfeld von Sozialkürzungen statt. Quasi, um sie der Gesellschaft schmackhaft zu machen (Ist der Ruf erst ruiniert, kürzt es sich völlig ungeniert). Und die angeblich so unabhängigen Medien mischen munter mit (Florida Rolf etc.).

*Grund genug für die **SPERRE** einmal die wichtigsten Lügen aufzugreifen und wenigstens in diesem Medium der Wahrheit die Ehre zu geben.*

„Die Sozialleistungen in Deutschland liegen im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere Großbritannien und USA, viel zu hoch."

Wird immer wieder gerne behauptet, die Wahrheit sieht anders aus:

In Wirklichkeit hat Großbritannien, was die Fürsorge für Langzeitarbeitslose betrifft, längst die Bundesrepublik überholt. Der derzeitige Regelsatz in Großbritannien liegt bei umgerechnet 360 Euro. Gegenüber 345 Euro hier. Auch in Großbritannien werden die Unterkunftskosten zusätzlich übernommen. Übrigens gibt es dort, wie in den USA, einen Mindestlohn von 7,34 Euro die Stunde. Im Oktober soll er auf 7,80 Euro angehoben werden.

„Der Regelsatz ist zu hoch, denn mit Hartz IV bekommen manche mehr Geld als sie mit Arbeit verdienen würden." „Wer arbeitet, muss mehr haben, als der, der nicht arbeitet" (Merkel, Bundeskanzlerin).

Tatsache ist, dass jeder der weniger verdient, als er in Hartz IV bekommen würde, ein Anrecht auf aufstockendes ALG II hat. Und wegen der entsprechenden Freibeträge finanziell immer besser steht, als jemand der nur Hartz IV bezieht. Dies müsste Merkel eigentlich bekannt sein, denn für Millionen Menschen ist die Aufstockung durch ALG II plus Freibeträge bereits Praxis. Dies ist auch der Grund, warum es nach Berechnungen der Arbeiterkammer Bremen im März 2006 ca. 6,8 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld gab.

Aber Merkel ging es wohl auch nicht um Gerechtigkeit für Schlechtverdiener, sondern um Kürzungen bei Hartz IV.

Zur Höhe des Regelsatzes:

Die Leistungen von ALG II sind in etwa auf dem Niveau der alten Sozialhilfe. Der Regelsatz stieg zwar an, der Grund ist jedoch die Pauschalisierung früherer einmaliger Leistungen. Dies führte zu einer Verschlechterung der Situation für Menschen mit kurzfristig bestehenden, einmaligem Unterstützungsbedarf (Kleidung oder Haushaltsgegenstände), da alle zusätzlichen Ausgaben zunächst angespart werden müssen. Es wird zugrunde gelegt, dass ein Alleinstehender monatlich 48 Euro ansparen kann (!).

Wie eng der Regelsatz ist, zeigt auch folgendes Beispiel: 1,76 Euro monatlich sind für Schulsachen vorgesehen, für Spielsachen 0.86 Cent im Monat und für Kinderkleidung 250 Euro im Jahr. All diese Festlegungen sind willkürlich. Es gibt keine sachliche Begründung und es werden keine Preissteigerungen berücksichtigt.

Nach Berechnungen des DPWV müssten die Regelsätze sofort um 19 Prozent auf 412 Euro angehoben werden, um auch nur auf sehr bescheidenem Niveau den täglichen Bedarf zu decken.

Die Menschen beziehen Hartz IV, weil das Arbeitslosengeld II zum Missbrauch einlädt.

Wolfgang Clement, Mitinitiator von Hartz IV, spricht sogar dreist von einer Missbrauchsquote von 25 Prozent.

Tatsache ist, dass bei einer aktuellen Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit und der Job-Center 3,2 Millionen Datensätze abgeglichen wurden sowie telefonische und sonstige Nachforschungen vorgenommen wurden. Und das Ergebnis: Nur bei drei Prozent der ALG II-Fälle gab es Unregelmäßigkeiten. Wobei ein Sprecher der Bundesagentur darauf hinwies, dass in dieser Zahl auch Fälle enthalten sind, die schlicht die Aufnahme einer neuen Arbeit zu spät gemeldet haben. Und weiter: „Wenn wir die Kosten für die Mitarbeiter (zur Überprüfung von Missbrauchsfällen) gegen rechnen ... bleibt nicht viel an Einsparungen:“

Wobei nur am Rande erwähnt werden sollte, dass ein Steuerfahnder immer gut das Zwanzigfache seines Gehaltes reinholt.

Trotzdem hört man immer wieder aus der Politik wie groß und verwerflich der Leistungsmissbrauch doch sei. Clement spricht sogar strammdeutsch von Parasiten. Diese Politiker und diese Politik lassen 97 Prozent der Arbeitslosen im Regen stehen. Noch mal zum Mitschreiben:

Drei Prozent Leistungsmissbrauch sind gemessen an der tatsächlichen Zahl der ALG II Bezieher (siehe Lüge 2), sogar nur 0,8 Prozent Leistungsmissbrauch. Aber wetten, dass bei der nächsten Kürzungswelle aus 0,8 schnell wieder 100 Prozent werden?

Wer eine Arbeit ablehnt, muss auch bestraft werden.

Dies ist eine Art „Evergreen“ in der Redaktion. Denn schon immer gab es die Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen bei der Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit. In sofern gehen diese Forderungen immer wieder ins Leere, weil sie längst gesetzlich verankert sind. Machen sich aber bei Debatten über Sozialkürzungen immer wieder gut. (Ist ja auch ein starkes Stück: Da haben wir so viele Probleme und die Arbeitslosen sind sich zu fein zum Arbeiten. Fällt also ebenfalls unter die Rubrik „Lügen im Vorfeld von Sozialkürzungen.“)

Was sich allerdings im Laufe der Zeit geändert hat, das ist der Begriff der „zumutbaren“ Arbeit. Bis Anfang der 90er Jahre wurde bei der Vermittlung noch auf Qualifikationen der Arbeitslosen Rücksicht genommen. Ein Bauingenieur musste sich nicht direkt als Bauhelfer vermitteln lassen. Vorher musste geschaut werden, ob es im Bereich Bauhelfer nicht sowieso genügend Arbeitslose gibt. Diese eigentlich vernünftige Regelung wurde ersatzlos gestrichen. Und mittlerweile ist für ALG II Bezieher jede Arbeit zumutbar. Auch Spargelstechen zum Hungerlohn. Worauf unser Arbeitsminister ja immer wieder gerne hinweist. Und die Sanktionen bei Ablehnung einer solchen Arbeit gehen bis hin zur verordneten Obdachlosigkeit (Streichung sämtlicher Zahlungen einschließlich Mietkosten).

Da es auch in naher Zukunft nicht genügend Arbeitsplätze geben wird, die diesen Namen auch verdienen (jedenfalls von der Bezahlung her), wird die Abschiebung von Arbeitslosen in Billigjobs eine immer größere Bedeutung bekommen. Und da dies wohl nicht ganz ohne Murren vonstatten gehen wird, heißt es auch in Zukunft: Wer ein Arbeit ablehnt, muss auch bestraft werden. Nur leider wird es kaum Journalisten geben, die einmal hinterfragen, was denn damit gemeint ist, mit Arbeit und so.

Bei Hartz IV gibt es eine Kostenexplosion.

Fast ist man geneigt zu sagen, bei Hartz IV gibt es eine Lügenexplosion. Aber kommen wir zu den Fakten. Auf Anfrage der Linkspartei im Bundestag räumte das Arbeitsministerium folgenden Sachverhalt ein: Wären Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe nicht in Hartz IV zusammengelegt worden, dann würden die Kosten nach dem alten System in etwa dem heutigen Niveau entsprechen (plus 1,4 Milliarden). Dieses leichte Plus lässt sich mit der zunehmender Verarmung und Arbeitslosigkeit erklären. Was die Kosten explodieren lassen hat, waren die fahrlässigen Schätzungen über angebliche Einsparmöglichkeiten mit dem neuen ALG II. Wolfgang Clement hat hier gegen den Rat der Experten falsche Zahlen in die Welt gesetzt. Da diese Zahlen von vornherein unseriös waren, kann auch nicht wirklich von einer Kostenexplosion geredet werden. Eher von einer Seifenblasenexplosion

noa

Neue Hartz IV–Änderungen

= Reformstau?

Im August kommt das „Hartz IV-Fortentwicklungsgesetz“, zunächst sollte es „Hartz IV-Optimierungsgesetz“ heißen. Es bringt weitere Einsparungen und Verschärfungen für Arbeitslose.

Die Verbände von Industrie und Arbeitgebern reden von Reformstau. Reformstau? Die große Koalition setzt eine sogenannte Reform nach der anderen in Gang. Das Erziehungsgeld geht, das Elterngeld kommt, die Besserverdienenden bekommen mehr Geld fürs Kinderkriegen, die Schlechterverdienenden kriegen weniger. Die sogenannte Gesundheitsreform ist so gut wie beschlossen, dabei geht es gar nicht um Gesundheit, nicht einmal um kostengünstigere Medizin, sondern nur darum, wer am besten an unseren Zipperlein verdienen darf und wer es bezahlt. Daneben werden die Steuern für Kapitalgesellschaften und andere Unternehmen abgesenkt, an die zum Ausgleich versprochene Subventionssenkung geht keiner ran, die Mehrwertsteuer steigt stattdessen, die Verbraucher zahlen die Steuerentlastung der Firmen.

Im August kommt das „Hartz IV-Fortentwicklungsgesetz“, zunächst sollte es Hartz IV-Optimierungsgesetz“ heißen. Es bringt weitere Einsparungen und Verschärfungen für Arbeitlose. Die Große Koalition setzt die Hatz auf die Armen fort, das darf man genauso eine „Fortentwicklung“ oder „Optimierung“ nennen, wie man die allgemeine Politik eine „Reformpolitik“ nennen kann.

Und es ist ihr immer noch nicht genug. Die Kanzlerin spricht schon wieder von einer neuen grundlegenden Überarbeitung von Hartz IV ab Herbst dieses Jahres – auch auf Druck der Verbände der Besserverdienenden. Von mehr Arbeit oder Lehrstellen keine Rede. So was spaltet die Gesellschaft. So entstehen Parallelgesellschaften, wenn dazu noch eine gemeinsame Sprache kommt, wie etwa Masematte oder Kanak Sprak. Und schon kriegt der Bürger Angst.

Allerdings tut sich doch etwas. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert eine Erhöhung der Regelsätze von Hartz IV auf 420 Euro. Armutsverbände fordern 500 Euro Regelsatz, allein damit wäre die von der Regierung selbst festgelegte Armutsgrenze erreicht. Und auch die Kirchen fordern wieder lauter soziale Gerechtigkeit.

„Hartz IV-Fortentwicklungsgesetz“ – weitere Verschärfungen stehen an

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland bleibt stabil, man diskutiert nur kurz, ob eine kleine Entlastung frühjahrsbedingt oder statistisch erzeugt ist. Doch selbst im kleinen Aufschwung gehen weitere sozialversicherte Arbeitsplätze verloren: etwa 88. 000 im Vergleich zum Vorjahr. Der Abbau der Lohnkosten in den Betrieben zu Lasten der Arbeitslosenkassen geht also weiter. Das will die Politik aber nicht mitmachen, folglich kümmert sie sich um mehr Arbeitsplätze und mehr Lehrstellen. Nein falsch! Hartz IV wird reformiert, sprich gekürzt, in diesem Jahr zum zweiten Mal, wahrscheinlich zum 1. August.

Hartz IV ist teuer. Nicht teurer als erwartet, aber teurer als versprochen. Das Arbeitsamt spart Milliarden beim klassischen Arbeitslosengeld ein. Die Milliarden gehen jedoch nicht in die Arbeitsförderung oder in den Hartz IV-Topf. Die Milliarden bilden die Grundlage für die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Arbeitgeber. Hartz IV sollte aber billiger werden. Also wird gespart, an vielen kleinen Stellen. Das heißt dann Reform. Drei dicke Brocken sind zu nennen, dazu eine Reihe weitere.

1. Eingliederungsangebot

Alle Arbeitslosen, die erstmals Hartz IV beantragen, sollen sofort ein Eingliederungsangebot bekommen. Das klingt ja nicht schlecht. Aber in der Regel ist das keine reguläre Arbeit, so viele Stellen gibt es gar nicht. Es soll ausdrücklich überprüft werden, ob die Antragsteller sich sogenannte Eingliederungsmaßnahmen gefallen lassen und mehrere Wochen mitmachen oder ob sie sich dadurch von Hartz IV abschrecken lassen. Entsprechende Erfolge aus diesen gelungenen Abschreckungen gab es in der Vorlaufzeit der Hartz-Reformen in Modellversuchen in Köln, Lübeck oder anderswo.

2. Mehr Strafen und Kontrollen

Der zweite Brocken sind strengere Strafen bei Fehlverhalten und deutlich mehr Kontrollen in Form von automatischen Datenabgleichen soweit mehr Einsatz von Sozialdetek tiven. Dabei bringen Sozialdetektive bei weitem nicht ihre Kosten rein. Es geht eher darum, Hartz IV-Bezieher in der politischen Debatte als Drückeberger und Sozialbetrüger abzustempeln, als um nennenswerte Vergehen von ihnen. Zum Vergleich: Ein Steuerprüfer spürt mehr als zehn Mal soviel auf, als er kostet. Wenn marktwirtschaftliche Maximen nicht nur Geschwätz, sondern wirklich Maßstab wären, dann würde der Staat seine Kontrollaktivitäten in die Bereiche lenken, wo es am meisten Nutzen bringt.

3. Aus eheähnlichen Gemeinschaften mehr rausholen

Der dritte Brocken der jetzigen Reform wird insbesondere in Münsters WG's einigen Wirbel auslösen. Als eheähnlich wird künftig schon gelten, wer mehr als ein Jahr mit jemand anderem zusammenwohnt. Das muss kein Partner vom anderen Geschlecht sein. Wer damit nicht einverstanden ist und nicht den Mitbewohner in die Pflicht nehmen will, muss selbst beweisen, mit der anderen Person nicht als Bedarfsgemeinschaft zusammenzuleben. Das wird sicher viele Auseinandersetzungen vor Gericht geben. Vielen wird es jedoch zu blöd sein, mit Einzelheiten aus dem persönlichen Zusammenleben vor Gericht den Anspruch auf Hartz IV durchzukämpfen. Oder andersrum: Wenn Sie schon Ihre Arbeit verloren haben, dann sorgt das Amt dafür, Ihre anderen Sozialbeziehungen so weit zu strapazieren, dass diese auch noch wackelig werden.

4. Weitere Einschnitte

Das Gesetz versammelt eine Vielzahl von Änderungen, die von den Oberamtssesselwärmer in Bund, Ländern und Gemeinden gesammelt wurden, um ein paar Kröten einzusparen.

Unterhaltspflicht für Stiefkinder. Anders als im Familienrecht entwickelt Hartz IV eine Unterhaltsverpflichtung zu Stiefkindern. Auch hier wird es guten Grund für Auseinandersetzungen vor Gerichten geben.

Der allgemeine Vermögensfreibetrag wird von 200 Euro auf 150 Euro je vollendetes Lebensjahr verringert. Der Freibetrag für verwertungsgeschützte Altersvorsorge soll um 50 Euro je Lebensjahr steigen. Dieser Anstieg ist aber in der Technik des Versicherungsrechts gar nicht erlaubt. Mal grundsätzlich: Altersvorsorge ist auf lange Sicht angelegt. Ältere Arbeitslose haben in Deutschland ganz schlechte Chancen für einen beruflichen Wiedereinstieg. Was ihnen in Bezug auf ihre private Altersvorsorge zugemutet wird, kann man schlicht nur noch als verachtend beschreiben. Nahezu jährlich gibt es grundlegende Neuregelungen, die selbst die Versicherungsvertreter nicht mehr verstehen.

Ein-Euro-Jobber erhalten zwar Urlaub, aber der wird künftig nicht mehr bezahlt. Selbst 1 Euro oder 1,50 Euro pro beurlaubte Stunde sind dem Sozialstaat zu teuer. Schäbig, Herr Müntefering, und heuschreckenhaft. Brutto etwa 20 Euro pro Stunde im Urlaub bekommt der Durchschnittsarbeitnehmer weitergezahlt, von der Lohnfortzahlung eines Oberamtssesselwärmer ganz zu schweigen.

Der befristete Zuschlag nach vorherigem Arbeitslosengeld wird noch ein klein wenig weiter begrenzt.

Tagesmüttern wird die Aufwandentschädigung für die Betreuung von Kindern künftig teilweise angerechnet.

Wer umzieht in eine Wohnung von erlaubten Mietkosten, bekommt künftig dennoch nicht immer die komplette Miete erstattet, sondern höchstens soviel, wie die vorherige Wohnung kostete.

Neuer Gründungszuschuss: Die Ich-AG-Förderung ist schon weggefallen, das Überbrückungsgeld läuft im Oktober aus, stattdessen gibt es einen neuen Gründungszuschuss. Er spart gegenüber der bisherigen Förderung 1 Milliarde ein und begünstigt insbesondere Arbeitslose mit einem hohen Arbeitslosengeld (Näheres siehe in der SPERRE vom Juni 2006).

Diese (und weitere hier nicht aufgezählte) Änderungen richten sich ausdrücklich gegen die Leistungsbezieher, anders kann man die Verteilung von Kosten und Nutzen des Arbeitsplatzabbaus nicht sehen. Daneben geht es bei vielen Änderungen im Hartz IV-Gesetz um die Abgrenzungen zwischen verschiedenen Sozialstaatseinrichtungen, die sich gegenseitig die Kosten zuschieben und die Erträge neiden, also zwischen Bundesagentur für Arbeit, Kommunen, Bund, Krankenkassen, Rentenversicherung und so weiter. Auch dieser Streit fordert einen gehörigen Platz in den Gesetzen und vor den Gerichten.

noa

Clamps (1964) aus „apocalypse culture"

Arbeitslose nun in den Zwingen, der Gürtel enger geschnallt...

Morgen stirbt nie!

„Und auf den ganzen Schlamassel gehört ein Grabstein mit der Aufschrift Menschheit, du hattest von Anfang an nicht das Zeug dazu“
(Charles Bukowski)

Ihm war saukalt und er war müde vom Herumlaufen. Scheiß Winter. Peter setzte sich auf eine Bank und entspannte sich.

Er döste leicht ein, wurde jedoch nach unbestimmter Zeit unsanft von einem uniformierten Polizisten geweckt. „Wachen sie auf! Sie können hier nicht schlafen. Kommen sie mit, ich zeige Ihnen die Stadt.“, rief der Polizist mit sarkastischem Unterton. Peter stand noch leicht benommen auf und folgte dem Polizisten. Der Kerl wollte ihm die Stadt zeigen? Guter Witz. Ihm, dem die Straßen dieser Stadt seit 7 Jahren ein Zuhause waren? Na gut, vielleicht findet sich ja ein warmes Plätzchen für die Nacht. Der Polizist forderte Peter auf, in das Dienstfahrzeug einzusteigen. Peter nahm auf der Beifahrerseite Platz. Ungewöhnlich, dass er das durfte. Leute wie er wurden meist auf die Rückbank verfrachtet, wenn der Weg in die Ausnüchterungszelle mal wieder anstand.

„Warum sind sie obdachlos?“

„Ich bin vor ungefähr zehn Jahren durch einen Unfall arbeitsunfähig geworden. Hatte irgendwann keine Kohle und danach auch keine Familie mehr. Irgendwann wollte ich nicht mehr beim Amt für das bisschen Kohle, was die einem zugestehen, betteln gehen und mich demütigen lassen. Also machte ich seitdem Platte, es ist ok. Ich will auch nicht mehr zurück. Wieso wollen sie das wissen?“

„Weil ich nicht verstehe, warum man obdachlos ist oder es sein will, wenn man monatlich 1.500 Euro erhält, einfach so.“

Peter wurde ärgerlich und glitt unwillkürlich ins „du“ ab. „Wenn du mich verarschen willst…“

„Bleiben sie mal locker. Seit einem halben Jahr gibt es für jeden Bürger dieses Landes eine Lebensrente in Höhe von 1.500 Euro monatlich. Nichts davon mitgekriegt?“

„Nein.“ Peter war genervt. „Aber das ändert sich wohl jetzt…“

„Nun, es gab irgendwann einfach nicht mehr genügend Arbeitsplätze, so dass nun wirklich keiner mehr an das Märchen der Vollbeschäftigung glauben konnte. Auch die Hetze gegen vermeintlich arbeitsunwillige Arbeitslose verlor dadurch an Glaubwürdigkeit. Die Leute verarmten, eine unsägliche Stimmung machte sich im Land breit.“

Peter verstand immer noch nicht, warum er nichts von alledem mitbekommen hatte. Er war zwar obdach- und somit auch arbeitslos, aber er hatte durchaus Interesse an der Welt jenseits der Platte.

„Die Arbeitslosen wurden zur Zwangsarbeit herangezogen. Billigjobs schossen aus dem Boden und trieben die Löhne ins Bodenlose, die Leute kamen mit nur einer Arbeitsstelle nicht mehr zurecht. Familien zerbrachen massenhaft, weil die Menschen sich vor lauter Existenzsicherung und beruflich geforderter Flexibilität nicht mehr umeinander kümmern konnten und sich fremd wurden. Die Leute lebten in ständiger Angst. Entweder vor dem Abstieg in die Arbeitslosigkeit, oder aber sie waren bereits arbeitslos und fürchteten weitere Einschnitte in den sowieso kaum noch vorhandenen Sozialstaat. Gewalt und Kriminalität nahmen zu. Irgendwann ging es weder vor noch zurück. Die Unternehmen schafften keine Arbeitsplätze und hatten dies entgegen anders lautenden Beteuerungen auch offenbar nie vor, was deutlich an der Arbeitslosenquote zu erkennen war. Jeder Zwangsoptimismus verflog allmählich, und während die Leitmedien den Aufschwung herbeireden wollten, war die kritische Masse der Armut längst überschritten. Bis es seitens der Verantwortlichen ein Einsehen gab und die Lebensrente eingeführt wurde – als letzter Anker. Etwas anderes war nicht mehr denkbar. Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben musste von der Arbeit entkoppelt werden, damit kein Blut fließt.“

„Und das funktioniert?“

„Sehr gut sogar. Die Leute achten verstärkt darauf, dass sie in ihren zukünftigen Jobs auch einen Sinn sehen. So finden gerade Arbeitsstellen im sozialen Bereich regen Zulauf. Kinderbetreuung, Pflegedienste, Altenbetreuung. Viele Leute nehmen Ehrenämter an, weil es ihnen schlicht möglich ist, unentgeltlich zu arbeiten. Meine Frau zum Beispiel arbeitet in einem Hospiz. Es war seit jeher ein Irrtum zu glauben, dass der Mensch nicht arbeiten wolle und nur durch Zwang und Angst dazu zu bewegen sei. Arbeit erhält ihren ethischen Wert durch das, was sie bewirkt. Es ist wichtig, das Gefühl zu haben, etwas Sinnvolles zu tun. Jetzt, da keiner mehr um seine bloße Existenz Angst haben muss, hat sich eine seltsame Dankbarkeit unter den Menschen breitgemacht. Viele sehen gemeinnützige Arbeit nun als eine willkommene Möglichkeit, etwas für die

Allgemeinheit zu tun, sich eben zu bedanken für ein Leben ohne Angst. Und plötzlich können sich auch diejenigen wieder einbringen, die krankheitsbedingt oder wegen ihres Alters im alten System keine Arbeit mehr fanden. Ja, man kann sagen, dass der Non-Profit-Sektor boomt. Die Gesellschaft muss sich offensichtlich gesund pflegen."

„Und wer macht die ganzen Scheißjobs wie Fließband oder Callcenter?"

„Die werden sogar gerne genommen. Diese ehemals schlecht entlohnten Jobs, die man unter miesesten Bedingungen machen musste, sind nun hoch bezahlt. Die macht man dann, wenn man kurzfristig Geld braucht, für einen Urlaub zum Beispiel." Der Polizist grinste und fuhr fort: „Also gibt es auch Verlierer durch die Lebensrente. Das sind dann nämlich snobistische Jungunternehmer, denen man im BWL-Studium nicht beibrachte, dass man für schwere Arbeit auch gutes Geld zahlen muss."

„Ist es seit dem… Wechsel wieder ruhiger geworden in der Stadt?", fragte Peter verunsichert, denn noch nie hatte er einen Polizisten solche in seinen Augen vernünftige Ansichten äußern hören.

„Ja, überall. Die übliche mediale Volksverhetzung und Einschüchterung hat aufgehört. Jetzt merkt man so richtig, wie groß der Teil des Fernsehprogramms eigentlich war, der sich mit der Errichtung und Verfestigung von Feindbildern beschäftigte. Reißerischer Kram über Sozialschnüffler oder die so genannte Debatte über die Integration von Ausländern hat jedenfalls ausgedient. Keiner braucht mehr einen Sündenbock."

„Und die geschmierten Industriebüttel im Reichstag finden die Entmachtung des Kapitals gut?"

„Da zeichnet sich eine große Veränderung ab. Ich meine, mit welchen wirksamen Psychotricks sollen sich die Parteien noch profilieren, wenn sie nicht mehr die Existenzangst der Menschen für sich nutzen können? Das war doch der große Konsens aller Regierungs- und Oppositionsparteien, wenn es darum ging, das Gros der Leute zur Wahl zu peitschen. Die meisten wollten vor allem eines: Existenzielle Sicherheit. Und dieses falsche Versprechen wurde von den etablierten Parteien vor jeder Wahl gemacht – auf die eine oder andere Weise. Da diese Möglichkeit nun komplett entfällt, löst sich die Parteilandschaft, so wie wir sie kannten, gerade auf. Vielleicht kommt nun so etwas wie echte Demokratie, mit dem Volk als tatsächlichen Souverän, wer weiß? Damit sich etwas Neues entwickelt, musste das Alte erst einmal verschwinden."

„Otto-Normal als verantwortlicher Entscheidungsträger? Soll ich kotzen?", raunzte Peter.

„Vor dem Wechsel hätte ich auch keine Volksentscheide oder so etwas gewollt. Zu wenig Vertrauen hatte ich in den gesunden Menschenverstand. Aber jetzt glaube ich, dass die meisten Leute ohne diese verfluchte Existenzangst klare Urteile fällen können. Die Menschen sind meines Erachtens im Begriff, ein großes Stück mündiger zu werden."

„Und wie steht's mit ihrer Mündigkeit? Warum sind sie Polizist? Welchen Sinn sehen sie darin?"

„Eigentlich bin ich kein Polizist. Wachen sie auf…"

„… wachen sie auf!"

„Lass mal gut sein, Kollege. Der Penner ist erfroren. Ich rufe den Arzt, der soll den Totenschein ausstellen. Ist schon der vierte in diesem Monat."

Einer der beiden Polizisten ging zum Wagen, um den Arzt zu rufen, während bereits die ersten Sonnenstrahlen einen neuen Tag ankündigten.

lb

http://www.archiv-grundeinkommen.de

Das Gleichnis

Wie wenn da einer, und er hielte
ein früh gereiftes Kind, das schielte,
hoch in der Himmel und er bäte:
"Du hörst jetzt auf den Namen Käthe!" -
Wär' dieser nicht dem Elch vergleichbar,
der tief im Wald und unerreichbar
nach Wurzeln, Halmen, Stauden sucht
und dabei stumm den Tag verflucht,
an dem er dieser Erde Licht...
Nein? Nicht vergleichbar? Na, dann nicht!

von Robert Gernhardt

gefördert v. Frauenbüro der Stadt Münster u. der Stiftung Siverdes

Depression

Arbeitslos und krank

„Stell dich nicht so an", „Das wird schon wieder", „Reiß dich zusammen", „Ich bin auch öfter mal schlecht drauf, das geht vorbei" – diese Phrasen gelangen in beeindruckender Häufigkeit an die Ohren depressiv erkrankter Menschen. Die volkstümliche Meinung über die immer häufiger vorkommende Krankheit Depression und ihre Auswirkungen ist oft gekennzeichnet von Unwissen und Ignoranz. In der letzten Ausgabe der SPERRE führten wir ein Interview mit dem Münsteraner Psychologen und Arzt Dr. Barth. Um das Bild abzurunden und die Probleme dieser Krankheit in Verbindung mit dem Problem der Erwerbslosigkeit aufzuzeigen, führte die SPERRE ein Interview mit einem Betroffenen.

SPERRE: Bitte beschreiben Sie Ihre Diagnose.

M.L.: Ich habe eine schizoide bipolare Affektpsychose.

SPERRE: Geht das nicht weit über die allgemeinhin als Depression bezeichnete Krankheit hinaus?

M.L.: Bipolare Affektpsychose umfasst den Komplex Depression und Manie. Diese Kombination kommt sehr häufig vor.

SPERRE: Wie äußert sich die Krankheit im Alltag?

M.L.: Bezüglich der depressiven Komponenten sind die markantesten Symptome: Starke Antriebsschwäche, negativ gerichtetes Denken, das immer wieder zur Suizidalität führt, mangelnde Belastbarkeit und daraus resultierend Ängste vor Belastung. Alles zusammen macht die Bewältigung des Alltags, wie ein Gesunder es kennt, oft unmöglich.

SPERRE: Können Sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen? Inwieweit ist die Krankheit diesbezüglich hinderlich?

M.L.: Ich bin seit 6 Jahren durchgehend von Amtsärzten arbeitsunfähig geschrieben. Während der gesamten Zeit habe ich mit erheblichem kräftemäßigen Aufwand versucht, zumindest Teilzeit zu arbeiten.

SPERRE: Wieso „versucht"?

M.L.: Die Krankheit führt wie gesagt dazu, dass man im Alltag nicht mehr „funktionieren" kann wie ein gesunder Mensch. Dies gilt natürlich auch und im Speziellen für die Erledigung von Amtsangelegenheiten. Meiner Erfahrung nach spielen einige Sachbearbeiter der ARGE der Krankheit und ihrer Symptomatik sehr zu; die häufig unnötige Bürokratie kostet mich viel Kapazität und Kraft.

Eine typische Angst des Depressiven ist die Existenzangst, die der Gesunde zwar auch kennt, die beim Depressiven aber schnell zu Selbstmordgedanken führen kann. In diese Kerbe kann dann zusätzlich noch der Sachbearbeiter mit mehr oder weniger verhohlenen Androhungen von Sanktionen schlagen, z. B. mit der Streichung oder Kürzung der Leistungen, die häufig durch Rechtssprechung und Gesetz nicht gedeckt sind. Nur weiß ich das nicht „von alleine", sondern muss mich erst sehr aufwendig informieren, mich mit den Sachbearbeitern auseinandersetzen etc. Jede Stunde, die mich das kostet, ist eine Stunde weniger, die ich zugunsten der Entlastung des Amtes und somit des Steuerzahlers arbeiten kann. Schließlich sollte man bedenken, dass jeder Euro, den ich über die Zuverdienstgrenze verdiene, von den staatlichen Geldleistungen abgezogen wird.

Eine typische Angst des Depressiven ist die Existenzangst.

Geh´ ich oder geh´ ich nicht... (Illu: sr)

SPERRE: Welche Erfahrungen haben Sie mit Amtsärzten gemacht?

M.L.: Unterschiedliche. Meine letzte behördliche Untersuchung bei einer alteingesessenen Psychiaterin in Hiltrup war eine Katastrophe. Nachdem sie mich gerade einmal ein paar Minuten gesprochen hatte, glaubte sie, die Behandlungen meiner Therapeuten der letzten zehn Jahre als falsch einordnen zu können. Dabei kann ich aus Krankheitserfahrung sagen, dass es fast unmöglich ist, eine treffende psychische Diagnose in ein paar Minuten zu stellen. Es hat in meinem Fall einen fast zweijährigen Klinikaufenthalt erfordert, bis ich richtig diagnostiziert wurde.

Vor dem Gespräch mit der Psychiaterin fanden eineinhalb Stunden lang Untersuchungen statt, von denen ein hier in Münster praktizierender Arzt sagt, dass sie völlig aussagelos im Bezug auf Depressionen seien. Das zahlt auch der Steuerzahler, und das wird im Übrigen jedes Mal bei einer amts-

„Über allen Gipfeln ist Ruh'...“ (Bild: Internet)

Wanderers Nachtlied im 21.Jahrhundert
von Crashinger

Die Nacht flog vorrüber, schnell wie ein Pfeil.
Der Tag ist nun hier.
Und wie ein totes Tier,
liegt --- --------- * vor mir.

Vertrauter Gestank von Verwesung,
sich erbrechendes Fleisch,
polternde Knochen,
der Tod kommt auch gleich.

Es bleibt grinsend der Leere ihr bleiches Gesicht,
sich vermählend mit der ewigen Nacht,
in endlosen Stunden, bis der Schädel
- auf die Tischplatte kracht.

*Hier gewünschtes Elend einfügen.
In diesem Fall „die Arbeitslosigkeit“. Geht aber auch der/die/das: (Ablehnungs-, Vollstreckungs-)Bescheid, Absage, Strafanzeige, Obdachlosigkeit, Flaschenberg, Bierkiste, Beziehungskiste, Einsamkeit, Exfreund/in, Zukunft hier, Vergangenheit...

ärztlichen Untersuchung dieser Art gemacht – Untersuchungen, die in meinem Falle alle bereits mehrfach durchgeführt wurden und letztendlich befundlos waren.

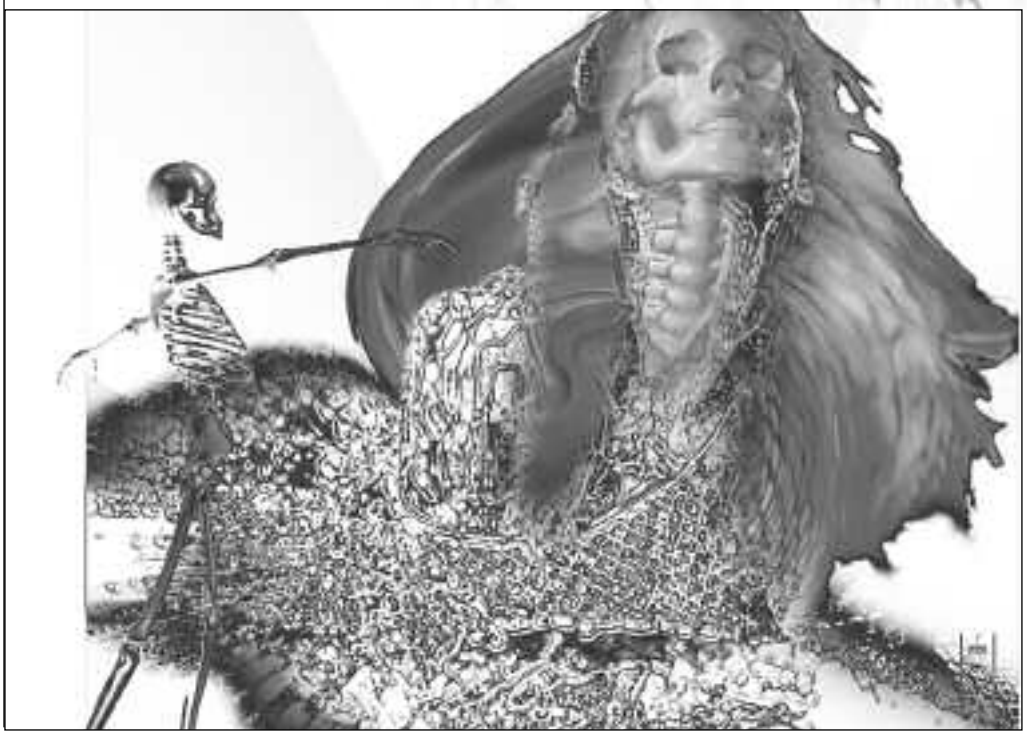
Den Höhepunkt der Schikane bildet die Tatsache, dass die Psychiaterin mir dauerhaft das Gefühl vermittelte, ein Simulant oder Hypochonder zu sein. Mir stellt sich wirklich die Frage, bei wie vielen depressiven Patienten sich die Krankheitssymptome nach einer solchen Behandlung verschlimmert haben.

SPERRE: Was denken Sie über die Hartz IV-Verschärfungen im sog. SGB II-Fortentwicklungsgesetz, speziell im Hinblick auf die Krankheit Depression?

Die Ärztin vermittelt dauerhaft das Gefühl, ein Simulant zu sein.

M.L.: Die Politik hat mit dem so genannten Fortentwicklungsgesetz den Rechtsraum verlassen. Es stehen Dinge in dem Fortentwicklungsgesetz, die bereits durch das Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform beurteilt wurden. Zum Beispiel hat das Bundesverfassungsgericht die Kriterien für eine eheähnliche Lebensgemeinschaft bereits eindeutig festgelegt. Diesen Kriterien wird durch das Fortentwicklungsgesetz klar widersprochen. Die undifferenzierte und unkritische Darstellung dieses Gesetzes in den Medien löst bei vielen Depressiven, auch bei mir, Hilflosigkeitsgefühle, Existenzängste und in Folge eine Verschlimmerung der Gesamtsymptomatik aus. Die journalistische Sorgfalt würde eine durchdachte und neutrale Erörterung einer solchen Thematik gebieten, die auch die mangelnde Verfassungskonformität darstellt. Durch die Einhaltung der journalistischen Pflichten würden Ängste sowohl bei depressiv Erkrankten als auch bei gesunden Hartz IV-Empfängern gemildert oder sogar verhindert. Übrigens: Schöne Grüße von mir an Herrn Peter Hartz im Knast.

Das Interview führte Lars Brühmann mit Markus Lawrenz.



Patient und Psychose (Illu: sr)

Die Überflüssigen

Wird es für jeden möglich sein, in der heutigen kapitalistischen Welt einen Arbeitsplatz zu finden? Oder muss mit einer wachsenden Zahl der Arbeitslosen gerechnet werden, die trotz aller Bildungs- und Fortbildungsprogrammen auf dem Arbeitsmarkt keinen Fuß fassen können und schlicht von der Gesellschaft nicht gebraucht werden, also überflüssig sind?

Trotz aller Erfolgmeldungen über den Arbeitsmarkt liegt die Zahl der Arbeitslosen immer noch bei über 5 Millionen (1-Euro-Jobber mitgerechnet). So rächt sich die Lebenslüge der Vollbeschäftigungsgesellschaft: Ein, zwei, drei Maßnahmen – dann gibt es wieder genug Arbeitsplätze. Wenn dennoch Millionen Arbeitslose keine Arbeit haben, dann sind sie selber schuld. Sie wollen ja nicht arbeiten, das ist die wenig verborgene Botschaft, die Harz IV mit bürokratischer Gründlichkeit in die Seele der Menschen einbrennt. Aber die Realität sieht dagegen ganz anders aus. Wird eine offene Stelle ausgeschrieben, werden Betriebe von einer Flut an Bewerbungen buchstäblich überschwemmt. Eine Durchsicht der Bewerbungen durch die Betriebe, geschweige denn ihre Beantwortung, ist einfach nicht möglich. So geht das Selbstvertrauen der Arbeitsuchenden verloren und sie gelangen schließlich zu der bitteren Erkenntnis, dass sie ganz einfach nicht mehr gebraucht werden. Aber trotzt der Massenarbeitslosigkeit steigen die Umsätze und die Gewinne der Konzerne. Dieses erreichen sie interessanterweise auch mit immer weniger Personal. Die Arbeiter müssen nicht wie früher ausgebeutet werden. Die Reichen können heute auch ohne Ausbeutung reicher werden. Und die Wirtschaft kann wachsen, ohne dass sich am Schicksal der Armen und Arbeitslosen etwas ändert.

Nicht nur, dass die Konzerne im Zeitalter des Globalen Marktes auch global einsetzbar sind und so Arbeitsplätze im Ausland für ausländische Arbeiter schaffen können, sondern auch, dass sie in der Lage sind, in ihrem eigenem Land billige, ausländische Arbeiter einzusetzen. Die Diskussion um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ ist angesichts der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen nach Osteuropa und Asien nur ein Beleg dafür.

Die Unternehmer haben den Stein der Reichen entdeckt. Die neue Zauberformel lautet: Kapitalismus ohne Arbeiter plus Kapitalismus ohne Steuern. Denn die globalen oder die transnationalen Konzerne können sich dem nationalstaatlichen Steuerzugriff entziehen und die Manager von multinationalen Konzernen, die die Verwaltung nach Südindien verlagern, schicken ihre Kinder auf öffentlich finanzierte, europäische Spitzenuniversitäten. Es kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dahin zu ziehen, wo sie die Arbeitsplätze aufbauen und die niedrigen Steuern zahlen. Für sich selbst nehmen sie selbstverständlich die teuren politischen, sozialen und zivilen Grundrechte in Anspruch, deren öffentliche Finanzierung sie torpedieren. Sie besuchen das Theater. Sie genießen die aufwendig gepflegte Natur und Landschaft. Aber sie tragen zugleich durch ihre profitorientierte Politik wesentlich dazu bei, dass diese europäische demokratische Lebensform zerfällt.

Daraus folgt: Die große Frage nach der sozialen Gerechtigkeit muss im Zeitalter der Globalisierung theoretisch und politisch neu verhandelt werden.

Massoud Amirkhalili

Octopussy Friedrich Merz

(Berliner Zeitung, 01.06.2006) Der Bundestagsabgeordnete Friedrich Merz (CDU) war bisher- wie von dieser Zeitung mehrfach berichtet - nebenberuflich nur Vorsitzender des Konzernbeirats der AXA Konzern AG. Mitglied des Aufsichtsrates der AXA Versicherung AG, Mitglied des Verwaltungsrates der BASF AG, Mitglied des Beirates der Commerzbank AG, Mitglied des Aufsichtsrates der Deutsche Börse AG, Mitglied des Aufsichtsrates der Interseroh AG, Mitglied des Beirates der Möller & Förster KG, Mitglied des Beirates der Odewald & Compagnie Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Mitgleid des Aufsichtsrates der Rockwool Beteiligungs GmbH, Mitglied des Beirates der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG und Rechtsanwalt in der Sozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, hat also neben seiner Hauptbeschäftigung als Volksvertreter wenig Möglichkeiten sinnvoller und zugleich einträglicher Freizeitgestaltung genutzt. Nun hat uns die Nachricht erreicht, Friedrich Merz komplettiere sein Nebenbeschäftigungsportfolio mit dem Eintritt in den Aufsichtsrat des Immobilienkonzerns IVG. Herzlichen Glückwunsch. Senta Claus.

Einflüsterer Volker Kauder

Was ist Lüge, was ist Wahrheit?
Was hat er denn nun gesagt?
Raten Sie mal!

A Volker Kauder (CDU, MdB) meint, das es nicht Sinn der Arbeitslosenhilfe sei, das sie mittels Zusatzeinkünften als Sockelfinanzierung herhalten solle. Darum, so meint er, müsse der Zuverdienst komplett auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet werden. Denn, so Kauder, wer Leistungen erhält, der soll dafür auch ordentlich knechten - anstatt im Bett zu liegen und Däumchen zu drehen.

B Volker Kauder (CDU, MdB) meint, das es nicht Sinn einer Lohnzahlung sei, erst mittels aufstockendem Arbeitslosengeld eine Existenz zu ermöglichen. Darum, so meint er, müssen die Löhne erhöht werden. Denn, so Kauder, wer arbeitet, der soll dafür auch ordentlich entlohnt werden – damit man auch mal in´s Theater gehen oder in den Urlaub fahren kann.

Lösung B ist natürlich richtig! Denn Kauder ist ein verantwortungsvoller, gereifter und mit gerechtem Durchblick gesegneter Politiker, der ohne nachzudenken sagt, was sich andere nicht trauen. *Oh, sorry, wer´s glaubt, wird selig...war wohl ´ne Lüge...*

War toll!

Weihnachten im Sommer Ist vorbei!

Das Weltmusikfestival in Rudolstadt

Da reden alle von der tollen Weltmeisterschaft. Bei der sich die Deutschen wider Erwarten so weltoffen, freundlich und feierlustig zeigten. Attribute, die beim Festival in Rudolstadt schon lange gang und gebe sind.

Immer am ersten Juli-Wochenende im Jahr zieht es die Eingeweihten nach Rudolstadt, in die alte thüringische Residenzstadt nahe Erfurt und Weimar. Die Eingeweihten, das sind Menschen zwischen 20 und 80 Jahren, die sich ein offenes Ohr bewahrt haben für die musikalischen Klänge aus anderen (fremden) Ländern. Und die sich auch ein wenig selber feiern in ihrer Freundlichkeit und ihrem Respekt voreinander. Nicht von ungefähr wird bei diesem Ereignis vom kleinen ostdeutschen Woodstock geredet. In Ostdeutschland ist dieses aus dem ehemaligen Tanzfest der DDR hervorgegangene Festival bestens bekannt. Im Westen eher gar nicht.

Dabei bekommt man einiges geboten für seine 45 Euro Eintritt. Ein paar Zahlen: 268 Konzerte in drei Tagen auf über zwanzig Bühnen. Auch in diesem Jahr wurde der Besucherrekord wieder gebrochen. Über 65.000 Menschen fanden an den drei Tagen ihren Weg nach Rudolstadt. Dass das alles so reibungslos klappt, liegt an einer hervorragenden Organisation und natürlich an den Besuchern. Im Polizeibericht des letzten Jahres hieß es hierzu, dass es an dem fraglichen Wochenende weniger Raufereien, weniger Diebstähle etc. gab als an einem normalen Wochenende in Rudolstadt. Besser geht nicht.

Veranstalter ist die Stadt und so erstreckt sich das Festivalgelände über den gesamten Innenstadtbereich. Vom über der Stadt thronenden Schloss Heidecksburg über dem großen Marktplatz und den verwinkelten Gassen bis hin zum an der Saale liegenden Heinpark. Überall wird musiziert, getanzt und zugehört.

In diesem Jahr gab es den Länderschwerpunkt Frankreich. Musik von Francoise Breut, Babylon Circus, Fania, Titi Robin u. a. Namen die man vielleicht gar nicht kennt. Aber die langjährige Erfahrung lehrt: Eingeladen werden nur die wirklich Guten. Rudolstadt ist innerhalb der Musik-Szene eine Art Olympiade. Hier zu spielen gilt als Ehre.

Tanz dieses Jahres war der Tango. Und das Instrument der Dudelsack. Aber dies ist nur eine ungefähre Richtung. Es gibt noch so viele andere Musikfarben: Constantin Wecker, Suzanne Vega, Zakopower etc. Und bei 268 Konzerten kann sich jeder leicht sein eigenes ruhiges oder ausgelassenes Festival zusammenstellen. Das einzige Problem ist: Die Zeit vergeht so schnell.

Aber auch in diesem Jahr nach all den interessanten und intensiven Konzerten und den erstaunlichen Begegnungen bleibt die Erfahrung im Rucksack zurück, dass „Multi-Kulti“ lebt – und hervorragend funktioniert. Und so hat Rudolstadt was Bleibendes für den Rest des Jahres. Jedenfalls bis zum ersten Juli-Wochenende im nächsten Jahr. Dann heißt der Länderschwerpunkt übrigens Tansania.

text/fotos:noa

FEST AUF STRASSE

Wird toll!

Merken, nicht vergessen, im Kopf behalten oder so.

Sa. 19.08. 2006, ab 13.00h
Breul - Tibus Straßenfest 2006

Konzerte, Lesungen, Märchenerzähler, Feuerschlucker, Infostände, Kinderbelustigung, Hüpfburg, Essen und Trinken

Unter anderem mit:

Dritte Wahl (Punk aus Rostock)
Von Oben (Rock)
Jägameister (Ska Punk)
Hirzel Hirzelnsen (Liedermacher oder so)

Am Samstag, den 19. August, gibt es nach zweijähriger Pause wieder das legendäre Breul Tibus Straßenfest. Neben einem vielfältigen Programm für jedes Alter, stehen "Umsonst und Draußen" vier Bands bis in den Abend auf der Bühne.

Dritte Wahl

Von Oben

"Manche wollen nicht arbeiten"

Herr Brummerloh, stellvertretender Leiter der Arbeitsgemeinschaft Münster, musste Anfang Juli ein Interview (Verbraucherzeitung Hallo vom 12.7.06) geben, während es in Münster so heiß war, wie an meinem Strand in Italien. Während die Fußball-Weltmeisterschaft ins Halbfinale ging und einen von allen anderen Aktivitäten ablenkte. Und während die herrschende Politik kein ernstzunehmendes Konzept bot, wie der Massenarbeitslosigkeit beizukommen wäre. Während die Arbeitsvermittler ihren Arbeitslosen kaum Arbeit und keine Perspektiven vermitteln konnten. Da muss man Verständnis haben, dass der Leiter der Arbeitsvermittlung darüber klagte, dass Arbeitslose so schwierig zu vermitteln seien und dass es viele Lustlose unter den Arbeitslosen gäbe.

"Manche wollen nicht arbeiten" ist eine Sommerhitze-Antwort des Herrn der Arbeitslosen von Münster. Dass die Betriebe mehr Personal abbauen als neu einstellen, kann man täglich in der Zeitung nachlesen, und wer seriös eine Arbeit anbietet, kann sich vor Bewerbungen nicht retten. Wer wegen langer Arbeitslosigkeit, Alter oder fehlender Ausbildung nicht so einfach eine neue Arbeit findet, von dem kann man keine Überaktivität in Sachen Bewerbung verlangen. Das würde kaum etwas bringen.

Aber Lustlose gibt es überall. Wer Arbeit kennt und danach rennt und sich nicht drückt, der ist verrückt, sagte mein Vater, der 60 Stunden in der Woche gearbeitet hat. Lustlosigkeit wird auch und gerade Brummerlohs Firma vorgeworfen: Im Arbeitsamt ist der Krankenstand deutlich höher als beim Rest der deutschen Wirtschaft. Einzelne Zeitungsartikel folgern, dass die Abwesenheit der Vermittler ursächlich ist für höhere Arbeitslosigkeit. Das ist angesichts der Arbeitsmarktlage natürlich Unsinn. Im übrigen wird die Unsicherheit in den Arbeitsämtern, mit ständig wechselnden Gesetzen und mit irrwitzigen politischen Forderungen über die Zukunft der Arbeitsämter zu diesem Krankenstand beitragen.

Die herrschenden Politikkonzepte gegen Arbeitslosigkeit sind erfolglos. Statt nach Alternativen sucht man nach Sündenböcken. Selbst auf die absurdeste Weise. Da werden künftig ausländische Geldkonten automatisch mit den Listen der Hartz IV-Bezieher abgeglichen: „Das stellt sicher, dass es nicht Personen gibt, die Arbeitslosengeld II beziehen und Millionen Euro auf ausländischen Konten liegen haben," sagt Herr Brummerloh am Schluss. Ob er da wohl etwas verwechselt? Ob es wirklich die Hartz IV-Bezieher sind, die ihre Millionen auf ausländischen Konten verschweigen?

avo

OHO! Ach echt? Auweia! Schlimm!

Radlos ?

Neue und gebrauchte Fahräder

Montag bis Freitag von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

LILALEEZE

Frauenfahradladen
Dortmunderstr.11 - Fon:66 57 61

Paul Demel Rechtsanwalt

Bahnhofstraße 5
48 143 Münster

Fon: 0251-4140505
Fax: 0251-4140506

MALTA

MÜNSTERS ARBEITSLOSENTREFF ACHTERMANNSTRASSE
Achterrmannstrasse 10 • 48 153 Münster
Fon: 02 51 - 41 40 553
www..muenster.org/wehren
e-mail: malta@muenster.org

Montag	10.00-13.00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	13.00-14.00	Teamsitzung
	16.00	Musikgruppe
Dienstag	10.00-14.00	Bewerbungen schreiben Stellen suchen
	14.00-16.00	Ideenbörse
Mittwoch	10.00-14.00	Der Pflanzendoktor
	14.00-16.00	Offener Treff
	16.00-17.30	Stimmbildung
	17.30	Chor
Donnerstag	10.00-12.00	Frühstück für Frauen
	12.00-14.00	Allgemeine Beratung
	14.00-16.00	Offener Treff,
Freitag	10.30-13.00	Offenes Frühstück,
	10.30-13.00	Arbeitslosenfrühstück
	13.00-16.00	Offener Treff

STADT MÜNSTER
Presse und Informationsamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publikom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/stadt
Rat, OB, Ämter, Vorlagen, Vordrucke online

www.muenster.de/medien
News aus der Stadt, Medien in Münster

www.muenster.de/stadt/sozialamt
Sozialhilfe, Hilfen bei Pflege und Behinderung

www.muenster.de/buergernetz
Gruppen, Vereine und Bürger im Netz

www.muenster.de/stadt/wohnungsamt
Der Mietspiegel, mit Online-Berechnung

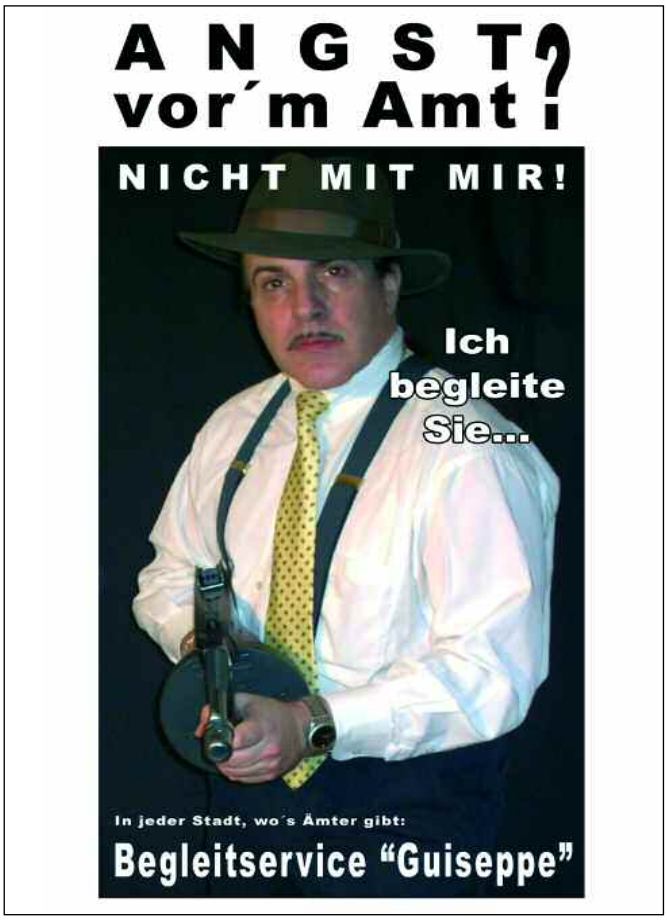
www.muenster.de/stadt/freizeit
Terminkalender, Tipps für Sport und Freizeit

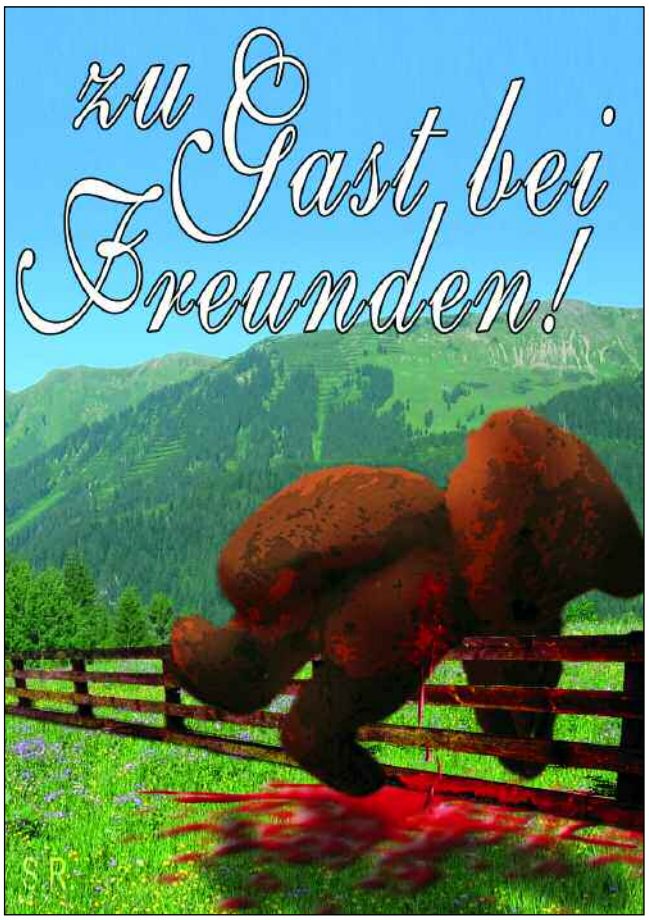
ERDNUSS-ANZEIGE

Münster-Pass jetzt!

Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu.
Fehlende Stellen machen arbeitslos und arm.
Zu billig bezahlte Arbeit macht arm.
Gestiegene Kosten für Energie und Gesundheit (Praxisgebühr, Zuzahlungen) machen weiter arm.

Armut aber schließt aus! Aus Mobilität, Kultur, Bildung und Sport, denn hier lässt es sich leichter sparen als an Grundbedürfnissen.
Darum her mit dem *Münster-Pass!*
Ein *Münster-Pass für Bedürftige* bringt: Ermäßigungen für Stadtbusse, für Schwimmbäder, für Kultur, Weiterbildung und andere Freizeitaktivitäten.
Der *Münster-Pass* lädt ein zum Dabeisein!
Münsters Arbeitsloseninitiativen fordern, dass der *Münster-Pass* wieder eingeführt wird.
Einen Bürgerantrag wurde an den Rat der Stadt (Siehe SPERRE April 2006) gestellt.


ANGST?
vor´m Amt!
NICHT MIT MIR!
Ich begleite Sie...
In jeder Stadt, wo´s Ämter gibt:
Begleitservice "Guiseppe"


zu Gast bei Freunden!

SPERRE
online
Die SPERRE im Netz der Netze
www.muenster.org/sperre
aktuell
informativ
kulturell
satirisch
SPERRE
SPERRE
SPERRE
Archiv
www.muenster.org/sperre
Die SPERRE im Netz der Netze

HERZSCHMERZ